

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ercheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 69 I.

Inserate  
pro vierzeiliger Zeile 40 Pf.  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.  
Etelunggebote 40 Pf. Verlam-  
lungsanzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 17.

Berlin, den 20. April 1913.

20. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In unserer Bekanntmachung in voriger Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ betreffs Wahl der Delegierten zum Verbandstag ist ein Fehler enthalten, indem dort gesagt wird, daß bei der Wahl „absolute“ Stimmenmehrheit erforderlich sei. Wir berichten diesen Irrtum dahin, daß ebenso wie bei früheren Delegiertenwahlen nur „einfache“ Stimmenmehrheit erforderlich ist und Stichwahlen somit nur dann in Frage kommen, wenn sich bei der ersten Wahl etwa Stimmengleichheit ergeben sollte.

2. Um für den Jahresbericht pro 1912 die Auflage dem Bedarf entsprechend bestellen zu können, eruchen wir die Gau- und Zahlstellenverwaltungen, baldmöglichst festzustellen, wieviel Exemplare des Jahresberichts sie für ihren Ort benötigen. Alle Mitglieder, die in den Besitz des Jahresberichts zu kommen wünschen, wollen denselben umgehend bei den Gau- und Zahlstellenverwaltungen bestellen. Die Verwaltungen eruchen wir, ihren Bedarf spätestens bis zum 3. Mai hier anzugeben.

Der Verbandsvorstand.

## Die Verschmelzung der Arbeitgeberverbände.

Ziemlich geräuschlos hat sich in diesen Tagen eine Verschmelzung zweier großer Organisationen vollzogen, die seit ungefähr zehn Jahren gleichen Zielen auf getrennten Wegen zustrebten. Es handelt sich um den Zusammenschluß der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ und des „Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände“ zu einer einheitlichen „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“. Dieses Ereignis ist für die künftige Gestaltung der Arbeits- und Lohnkämpfe in Deutschland von einschneidender Bedeutung. Die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ wird von jetzt ab als die Kraftvolle, in jeder Hinsicht auf breiterer Basis aufgebaute zentrale Organisation des Unternehmertums in Deutschland anzusehen sein. Sie umfaßt die kapitalträchtige Großindustrie und auch die große Masse der mittleren und kleineren gewerblichen Unternehmungen. Die Großindustrie hatte ihre Interessensvertretung — soweit es sich um Arbeiterfragen handelte — in der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“, dem Anhängsel des „Zentralverbandes Deutscher Industrieller“. Die mittleren und kleineren Gewerbebetriebe waren für die gleichen Zwecke im „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ organisiert, der wiederum dem „Bund der Industriellen“ nahestand.

Der Zusammenschluß dieser beiden großen Arbeitgeberorganisationen ruft das Interesse an ihrer Entstehungsgeschichte wach. Das rasche Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen hat schon sehr früh in deutschen Unternehmungskreisen den Wunsch entstehen lassen, die in lokalen und Bezirksarbeiterverbänden vorhandenen Kräfte zu einem Zentralverband zusammenzufassen und den Arbeitnehmerorganisationen gegenüberzustellen. Die Unentschiedenheit der Interessen der einzelnen Gruppen der Arbeitgeber auf anderen wirtschaftspolitischen Gebieten — hauptsächlich ihre verschiedene Stellung-

nahme zu den Fragen der Zoll- und Handelspolitik — hat lange Zeit eine großzügige Organisation zum Zwecke der Vertretung des Unternehmertums gegenüber der Arbeiterschaft als unerreichbar erscheinen lassen. Nur ein Druck von außen her konnte die Überwindung der mannigfachen Bedenken ermöglichen.

Die Frage des Zusammenschlusses der Deutschen Arbeitgeberverbände wurde akut im Winter 1903/04 im Anschluß an die besonderen Erscheinungen, die ein Lohnkampf in Crimmitschau im Geolge hatte. Fünf Monate lang rangen damals 7000 Weber vergeblich um den Jahrsjudentag. Da ihre eigenen Mittel für einen Kampf von dieser langen Dauer viel zu unbedeutend waren, riefen sie die übrige deutsche Arbeiterschaft um tatkräftige Unterstützung an. In kurzer Zeit konnten ihnen mehrere hunderttausend Mark zur Verfügung gestellt werden. Dies veranlaßte den Crimmitschauer Fabrikantenverein, vom Verband sächsischer Industrieller und von den deutschen Textilindustriellen finanzielle Hilfe zu erbitten. Daraufhin nahm sich der „Zentralverband deutscher Industrieller“ der Sache an mit dem Erfolge, daß ebenfalls bedeutende Summen für die durch den Lohnkampf gefährdeten Fabrikanten aufgebracht wurden. Gleichzeitig wurde für die Gründung eines „Vereins deutscher Arbeitgeberverbände“ agitiert. Mitte Januar 1904 wurde von den Vertretern zahlreicher Unternehmerorganisationen in Berlin die Gründung des deutschen Arbeitgeberverbandes schon beschlossen. Dies gab den Crimmitschauer Webern Veranlassung, den unter schweren Opfern fünf Monate lang geführten Streik bedingungslos abzubrechen.

Die geplante Verbandsgründung vollzog sich nicht so glatt, wie man ursprünglich gehofft hatte. In beiden Lagern zeigte sich eine starke Opposition gegen den Zusammenschluß. Der Zentralverband ging schließlich ganz selbständig vor und gründete eine „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ und motivierte dies damit, er habe nicht zugeben dürfen, „daß neben und vollkommen unabhängig von ihm eine andere, womöglich auf breiterer Grundlage ruhende Vereinigung sich bilde, deren Leistung die Möglichkeit hätte, im Verlaufe der Zeit ihre Tätigkeit auf alle vom Zentralverband bearbeiteten Gebiete auszudehnen.“ Die Gegenpartei gründete bald darauf den „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“. Wenn sich auch die Ziele beider Organisationen deckten — was recht deutlich in der wörtlichen Übereinstimmung einer Reihe statutarischer Bestimmungen zum Ausdruck kommt —, so blieben ihre gegenseitigen Beziehungen doch auf das im Dezember 1904 vereinbarte Kartellverhältnis beschränkt. In den folgenden Jahren hat der „Verein“ noch starken Zuzug — vornehmlich aus Kreisen des Handwerks — erhalten, während die Hauptstelle, deren Hauptstärke in ihrer Kapitalkraft besteht, an Mitgliedern nur wenig zugenommen hat.

Die „Post“, das Organ der Scharfmacher, sagte zu diesem Zusammenschluß:

„Mit dieser Zusammenlegung wird der Schlusstein in der Entwicklung der deutschen Arbeitgeberverbände gelegt. Die beiden zentralen Organisationen bestanden seit dem Jahre 1904 nebeneinander und hielten sich an Stärke ungefähr die Waage. Bisher waren sie durch einen Kartellvertrag verbunden, nunmehr ist an Stelle dessen eine völlige Vereinigung getreten. Dadurch wer-

den die Abwehrbestrebungen der deutschen Arbeitgeberverbände auf eine einheitliche Grundlage gebracht. Die Satzungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die durch eingehende Vorverhandlungen festgesetzt waren, wurden in der gründenden Versammlung einstimmig angenommen. Es wurde beschlossen, die neue Vereinigung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen. Dabei bildete sich am gleichen Tage der vorläufige Vorstand der neuen Vereinigung und wählte aus seiner Mitte zum ersten Vorsitzenden Fabrikbesitzer Garvens-Hannover und zum zweiten Vorsitzenden Landrat außer Dienst Köhler-Berlin. Die Geschäftsführung wurde an Syndikus Dr. Tändler-Berlin übertragen.“

Der Zusammenschluß beider Gruppen zu einer „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ ist zweifellos etwas überraschend gekommen, er lag aber sicherlich in der Richtung der bisherigen Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen. Wie wird sich nun aber die Arbeiterschaft zu der veränderten Sachlage stellen? Wird man nun auch auf dieser Seite die gemeinschaftlichen wirtschaftspolitischen Interessen über die durch die Verschiedenheit der politischen Anschauungen, der Konfession und der Nationalität hervorgerufenen Sonderbündelei stellen? Die Gründung der „Vereinigung“ hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß die wirtschaftlichen Interessen von fundamentaler Bedeutung sind und daß die politische Stellungnahme nur eine sekundäre Rolle spielt. Im „Sachsabund“ war ein Zusammenarbeiten der schweren Industrie mit den Vertretern des Handwerks und der Mittelbetriebe auf die Dauer nicht möglich. Die wirtschaftlichen Gegensätze waren härter als die politische Vegetierung. Im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen haben sich jedoch beide Gruppen wieder zusammengefunden, da hier die einigenden Interessen eben wirtschaftlicher Natur — und zwar von eminenter Bedeutung — waren. Wenn jemals aus der Geschichte der Wirtschaftspolitik eine Lehre gezogen werden kann, so ist dies hier der Fall. Die in aller Stille vollzogene Verschmelzung der Arbeitgeberverbände sollte die Organisationen der Arbeitnehmer bewegen, ebenfalls den gegenseitigen Kampf einzustellen und der zentralen Vereinigung der Unternehmer eine gleichwertige Organisation gegenüberzustellen.

Die Hoffnungen, daß es in absehbarer Zeit gelingen könnte, die drei großen Gruppen von Arbeitnehmerverbänden, die freien, die christlichen und die kirchlich-Dauerlichen Gewerkschaften zu einer einheitlichen Organisation zu vereinen, sind sehr gering. Die Erkenntnis von der Bedeutung der wirtschaftlichen Momente wächst sehr langsam, da der Blick unnötig stark auf das politische Gebiet abgelenkt wird. Es sollen allerdings die großen praktischen Schwierigkeiten eines solchen Zusammenschlusses nicht übersehen werden. Solange aber eine völlige Verschmelzung der Arbeitnehmerverbände nicht möglich ist, sollte man wenigstens durch weitgehende Kartellverträge den Boden für künftiges gemeinsames Arbeiten vorbereiten und dem Unternehmertum ein würdiges Pendant zu einer Zentralorganisation bieten.

Die neugegründete „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ rechnet angeblich mit einer Jahreseinnahme von 400 000 Mark.

Als Beitrag werden 20 v. T. des Lohnes der beschäftigten Arbeiter erhoben. Hierdurch werden die bisherigen Mitglieder des „Vereins“ stärker zu den finanziellen Leistungen herangezogen, während die Großindustriellen, die früher in der Hauptsache die Kosten tragen mußten, besser verkommen. Die in der „Vereinigung“ vertretenen Arbeitgeber beschäftigen zusammen etwa 2 Millionen Arbeiter.

Der Zusammenschluß der Unternehmer zu einer einheitlichen Kampforganisation, die gegen die gesamte Arbeiterbewegung gerichtet ist, sollte die christlichen und sonstigen abseits stehenden Arbeiter veranlassen, alle Sonderbündel beiseite zu lassen und sich mit den freien Gewerkschaften ebenfalls zu einer einheitlichen Organisation als Antwort an das Unternehmertum zusammenschließen. Sie müssen dies tun, wenn ihnen wirklich die Vertretung der Interessen der Arbeiter als Selbstzweck gelten würde.

**Zum Verbandstag.**

Die Diskussion zum Verbandstag zeigt, daß mehr denn je die Kollegenchaft ernstlich gewillt ist, den inneren und äußeren Ausbau unseres Verbandes zu fördern. Nach den bis jetzt aufgeworfenen Fragen dürfte der Verbandstag ein reichhaltiges Material zur Verarbeitung erhalten.

Die Beitragsfrage, welche auf allen unjeren Verbandstagen immer eine Hauptrolle spielte, dürfte auch diesmal wieder in den Vordergrund gezogen werden, da diese Frage den ganzen Lebensnerv einer gewerkschaftlichen Organisation darstellt. Zwei Meinungen stehen sich hier gegenüber: Vom Standpunkt eines Gewerkschaftlers aus dürfte es als selbstverständlich betrachtet werden, daß eine Erhöhung unserer Beiträge voll und ganz am Platze ist, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß es kein besseres Mittel gibt, dem Unternehmer gegenüber eine Machtposition einzunehmen, als gerade eine gut gefüllte Kasse. Daß nun diese Voraussetzungen bei unserem gegenwärtigen Beitrage zutreffen, kann niemand behaupten. Trotzdem wäre es möglich gewesen, im Laufe der Zeit bessere Staffelnverhältnisse zu schaffen, wenn man auf den vergangenen Verbandstagen in der Unterhaltungsfrage etwas mehr gebremst hätte. Unterhaltungsanstaltungen, die jeder Gewerkschaftler als ein „notwendiges Übel“ bezeichnen muß, müssen ihre Grenzen haben, wenn nicht eine Organisation den Charakter einer „Kampfesorganisation“ verlieren will. Da sie nun einmal da sind, werden wir uns wohl oder übel damit abfinden müssen; aber für die nächste Zeit dürfen auf keinen Fall Erweiterungen derselben eintreten.

Wie schon gesagt, vom Standpunkt des Gewerkschaftlers aus betrachtet, ist eine Beitrags-erhöhung nur zu begründen, wenn auf der anderen Seite eine Erhöhung nicht als Hindernis bei der Agitation uns im Wege wäre. Nach unseren statistischen Erhebungen haben wir noch ein hartes Feld zu bearbeiten. Der größte Prozentsatz der Unorganisierten befindet sich vorwiegend in ländlichen Bezirken, was durch die immer größere Verlegung

der Kartonanlagen und anderer Industriezweige nach den ländlichen Orten mit der Zeit immer noch erhöht wird. Und daß hier von uns tatkräftige Agitation in nächster Zeit entfaltet werden muß, steht außer Frage. Um nun diese jenseits wärdige Arbeit nicht noch mehr zu erschweren, muß leider in Bezug auf die Beitrags-erhöhung einmal ein „Salt!“ geäußert werden. Nach auf jedem Verbandstag wurden wir mit einer Erhöhung beglückt; es darf auch einmal ein Verbandstag, gerade mit Rücksicht auf die ländliche Agitation, an der Beitragsfrage vorbeigehen.

Auch die Frage des graphischen Jnduktionsverbandes wurde bis jetzt wieder lebhaft diskutiert, und es ist Pflicht des Verbandstags, die Frage wieder zu ventilieren. Da nun in den Betracht kommenden Verbänden, auch selbst in den Kreisen des Buchdruckerverbandes, das Interesse in letzter Zeit mehr denn je geweckt wurde, so dürften wir jedenfalls hier wieder ein Stück weiter kommen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß eine Verschmelzung vorerst in dem Maße, wie es naturgemäß notwendig wäre, noch nicht Platz greifen kann, so dürften wir, um ein Ubergangsstadium zu schaffen, wohl dem Antrag der Steindrucker von Hannover unsere Zustimmung geben können. Eine andere Sache, welche unabhängig von dieser Frage zu behandeln wäre, will ich bei dieser Gelegenheit einmal ansprechen. Bekanntlich stehen eine große Anzahl unserer Kollegen in der Provinz sehr vereinzelt in Buch- und Steindruckereien, und für diese ist es in den meisten Fällen schwer, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Trifft man es doch leider sehr häufig an, daß sie eine längere Arbeitszeit als die Buchdrucker haben, also als „fünftes Rad am Wagen“ betrachtet werden. Hier könnten einmal Erwägungen erhoben werden, ob es denn nicht möglich ist, auch für diese bei Tarifbewegungen der Buch- und Steindrucker eine einheitliche Arbeitszeit mit jenen, aber auch prozentuale Zulagen zu erwirken. Bei etwas Entgegenkommen der Organisationen wäre dies jedenfalls durchführbar; denn wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Kollege Behl-Bochum glaubte einer Erweiterung der Umzugsunterstützung das Wort reden zu sollen. Ich bin der Ansicht, daß die bis jetzt bestehenden Bestimmungen auf 25 Kilometer Entfernung vollständig weit genug gehen. Wo soll das hinführen, wenn bei jedem Umzug in allernächster Nähe unsere Kasse in Anspruch genommen werden soll? Betrachten wir einmal den Wechsel innerhalb eines Industriegebietes, wo ein Bahntransport nie in Frage kommt und dadurch die Kosten eines Umzuges keine so hohen sind, z. B. W. Barmen-Eberfeld, Mannheim-Ludwigshafen oder innerhalb Berlins und seiner Vororte usw. Hier würde unsere Kasse sehr erheblich belastet. Wenn Behl glaubt, daß es in der Hauptsache Kollegen betrifft, die infolge ihrer Tätigkeit als Verbandsmitglied einen Stellungswechsel innerhalb eines Industriegebietes vornehmen müssen, so wird doch stets von Fall zu Fall durch den Verbandsvorstand diesen eine Berücksichtigung zuteil.

Zum Schluß möchte ich noch ein Wort in bezug auf unsere „Buchbinder-Zeitung“ sagen. In anerkannter Weise hat ja unser Organ in den

letzten Jahren eine Ausgestaltung erfahren, wovon wir amüßend zufrieden sein können. Zumeist können aber auch hier einige Veränderungen Platz greifen. Der Platz, welcher für das Feuilleton in Anspruch genommen wird, könnte jedenfalls eine bessere Verwendung finden, zumal der Raum unserer Zeitung oft sehr beschränkt ist. Besser wäre es, diesen Platz mit sachtechnischen Fragen auszufüllen, mit denen durch Wort und Bild insbesondere auf unsere jungen Kollegen anregend gewirkt wird. Auch durch die Verbandsstagsdebatten wird ein Teil der Zeitung stark in Mitleidenhaftigkeit gezogen und es wäre am Platze, wenn auch hier eine Veränderung eintreten würde. Es könnte sich jedenfalls leicht ermöglichen lassen, die ganzen Verbandsstagsdebatten in einer besonderen Beilage, vielleicht alle 14 Tage, erscheinen zu lassen. Es wäre dies auch von praktischem Wert, da man diese Debatten dann als ein Ganzes zusammen hätte, um bei Bearbeitung des Materials ein leichteres Nachsagen zu ermöglichen.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß auch der 12. Verbandstag seiner Vorgänger würdig erweisen und im Interesse der gesamten Kollegenchaft arbeiten möge.

Wer die letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ aufmerksam gelesen hat, in denen die eventuellen Anträge zum Verbandstag, betreffend Beitragsleistung und Unterjüngung, behandelt werden, der wird gefunden haben, daß ein großer Teil der Artikelschreiber und auch die Anzeigen der Redaktion darauf abzielen, die Beiträge der unteren Klassen zu erhöhen, weil sie die meinten Zuschüsse aus der Verbandskasse erfordern (was aber durch die Berechnungen in Nr. 15 durch — a — widerlegt worden ist).

Um nun für diesen Verbandstag eine Beitrags-erhöhung zu umgehen, würde ich dem Verbandstag vorschlagen, eine Staffeltung der Beiträge nach bestimmten Lohnjahren obligatorisch einzuführen, und zwar für

Mitglieder mit bis zu 12 Ml. Verdienst	1. Klasse
„ „ über 12—18 Ml. „	2. „
„ „ „ 18—25 „ „	3. „
„ „ „ 25 Ml. „ „	4. „

Durch diese quantitative Staffeltung der Beitragsleistung würde die Verbandskasse in die Lage versetzt werden, auf eine Erhöhung der Beiträge für die unteren Klassen zu verzichten, indem sich dann die finanziellen Zuschüsse zur 1. Klasse vermindern würden und die besser entlohnnten Kolleginnen nicht mehr in die 1. Klasse fließen könnten. Die Mitglieder der 1. Klasse rekrutieren sich doch meist auch aus ungelerten Arbeiterinnen, Lehrlinginnen, auch Hausarbeiterinnen, darunter ein großer Teil mit 5, 6, 7, 8, 9 Ml. Wochenverdienst. Diese sind schon jetzt nur unter vielen Mühen und Entbehrungen in der Lage, ihren Beitrag für die 1. Klasse (dazu kommt noch der Volksbeitrag) bezahlen zu können, was mir die Hausarbeiterin gern beistimmen werden.

Diese niedrig entlohnnten Mitglieder würden uns bei einer Erhöhung der Beiträge unbedingt verloren gehen, weil sie eben nicht mehr mitkommen. Dies ist kein Gespenst, was an die Wand gemalt

**Schriftwesen und Buchkunst im Altertum.**

Von Th. Wolff-Friedenau.

I.

Die Geschichte der Buchkunst, d. h. der Vervielfältigung und Anwendung von Büchern und aller hierauf bezüglichen Künste und Gewerbe der Menschheit, steht mit der Geschichte und Entwicklung des Schriftwesens in engstem Zusammenhange. Denn das Buch, gleichviel welcher Art, sei es das gedruckte und gebundene Papierbuch oder das handgeschriebene und geheftete Buch aus Pergament aus der Zeit vor der Erfindung des Buchdrucks und der damit gleichzeitig anhebenden Entwicklung der neueren Buchbinderkunst, sei es endlich das Holz- oder Steinbuch aus noch früheren Zeiten der Kulturgeschichte, dient in allen Fällen der Aufbewahrung und Fixierung des Geschriebenen, ist immer ein Schriftwerk. Damit ist aber zugleich gesagt, daß wir als „Buch“ nicht nur das moderne Papierbuch zu bezeichnen haben, sondern in erweitertem Sinne jedes Mittel, das in irgendeiner Art der Aufbewahrung des Gedachten und Geschriebenen dienste, also jedes Schreibmaterial. Die Entstehung, Entwicklung und Geschichte der Schreibmaterialien ist zugleich auch die Geschichte des Buches. Wir brauchen ja nur darauf hinzuweisen, daß auch heute als Buch nicht nur das gedruckte Buch, das freilich das wichtigste und umfangreichste Arbeitsmittel der modernen Buchkunst und ebenso des modernen Buchbinder-gewerbes ist, sondern auch das unbedruckte, leere Schreibbuch, West, Notizbuch usw. gilt, dessen Herstellung ebenfalls ein bedeutender und wichtiger Zweig des modernen Buchbinder-gewerbes ist. Im leeren Schreibbuch, das also erst nach seiner Her-

stellung beschrieben werden und als Schriftwerk dienen soll, tritt uns der Charakter des Buches als Schreibmaterial deutlich — und auch deutlicher wie im gedruckten Buch — entgegen. Aber auch jedes andere, nicht aus Papier gefertigte Schreibmaterial muß in diesem erweiterten Sinne als Buch gelten. Darauf weist übrigens schon das Wort „Buch“ selbst hin, denn dieses Wort wird hergeleitet von „Buche“, weil in früherer Zeit die germanischen Völkerschaften ihre Schriftzeichen auf Stäbe oder Bretchen von Buchenholz ritzten. Diese Stäbe und Bretchen waren also tatsächlich die „Bücher“ der Germanen und haben ihre Funktion und ebenso auch ihren Namen dann auf alle späteren Mittel und Wege, die der Aufbewahrung oder Aufzeichnung der Schrift dienen, und damit auch auf das moderne gedruckte und unbedruckte Papierbuch vererbt.

Wir sagten, daß die Entwicklung und Geschichte der Schreibmaterialien zugleich auch die Geschichte des Buches sei. Die Schreib- und Buchmaterialien, vermittelst deren die Menschen ihre Gedanken festhalten, aufzuzeichnen und auch anderen zu übermitteln suchten, lassen in ihrer geschichtlichen Entwicklung eine außerordentlich große Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit erkennen. Die Geschichte dieser Schreib- und Buchmaterialien reicht auch noch viel weiter als die aus Stäben und Bretchen hergestellten Rutenbücher der alten Germanen zurück. Denn diese Bücher dienten immer schon der Aufzeichnung einer ausgebildeten Zeichenschrift, die zum größten Teil sogar schon Buchstabenschrift in unserem Sinne war. Aber diese Zeichen- und Buchstabenschrift und ebenso auch die Holz- und sonstigen Stäben, auf denen jene aufgezeichnet wurden und die als Bücher jener Völker dienten, stellen durchaus

nicht die erste Stufe der Schrift- und Buchkunst dar, sie sind im Gegenteil erst das Ergebnis einer langen vorhergegangenen Schrift- und Buchentwicklung, die mehrere Jahrtausende umfaßt und auf der uns noch viel einfachere und primitivere Formen der Schrift- und Buchwerke entgegenstehen. Wir modernen Menschen, denen ein hochausgebildetes Schriftsystem, eine große Zahl der verschiedensten Schreibmaterialien und Schreibgeräte und endlich eine hochentwickelte Druck-, Buch- und Buchbinderkunst zur Verfügung stehen, können uns vielleicht kaum darüber klar werden, mit welchen einfachen und primitiven Mitteln die Menschen einst vor Jahrtausenden angefangen haben, ihre Gedanken und Mitteilungen aufzuzeichnen, zu veruchen, welche einfachen Mittel ihnen als Schrift und Buch zugleich dienten.

Die Forschung, die gerade auf diesem Gebiete sehr erfolgreich tätig gewesen ist, hat festgestellt, daß die ältesten Mittel, die jenen Zwecken dienten, symbolische Geräte waren, die damit auch zugleich als die ältesten Bücher der Menschheit zu gelten haben. Gewissen Gegenständen oder Geräten wurde eine bestimmte Bedeutung als Schrift-, Mitteilungs- und Buchungszeichen beigelegt. So dienen beispielsweise bei den Ossen, einem kaulassischen Volksstamme, noch jetzt Tierhäufe, Körner, Föhne, Klauen, auch Waffen und noch andere Gegenstände als solche Buchungszeichen, vermittelst deren besondere geschichtliche Ereignisse, die für den Stamm von großer Wichtigkeit waren, verbucht werden. Jeder dieser Gegenstände hat eine bestimmte Bedeutung, und alle Gegenstände werden in einer bestimmter Ordnung zusammengefaßt. Jeder erwachene Angehörige kennt die Bedeutung der Gegenstände und weiß, was die Reihenfolge zu sagen hat; die Gegen-

wird, sondern es trifft tatsächlich zu. Diese verloren gegangenen Mitglieder wurden auch dann später, wenn sie einmal unter günstigeren Lohnverhältnissen arbeiten, nicht wieder zu gewinnen sein, denn die Erfahrung lehrt, daß ein Mitglied, welches schon einmal dem Verbands angehört hat, viel schwerer wieder zu gewinnen ist. Auch die Ausführungen des Kollegen G-sch in Nr. 12 und des Kollegen Dürkoop-Stettin, daß es dem Aufgabe der Funktionäre sei, die Mitglieder vor dem Austritt abzuhalten, sind hinlänglich, denn die eigentlichen Funktionäre kommen doch mit den Mitgliedern weniger in Fühlung, als wie die Haus- und Werkstübenaquitatoren, durch welche die Mitglieder meistens gewonnen werden. Nun ist es aber doch so, daß die Neueintretenden dem Neben des Aquitators meistens mitzuarbeiten gegenüberstehen, und wenn sie dann doch eintreten, in der Regel immer die niedrigste Beitragsklasse wählen. Dem würde abgeholfen werden können, wenn die Lohnhöhe für die Beitragsleistung festgelegt ist.

Wenn Kollege Klinger in Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ schreibt, daß die Mitglieder der ersten Klasse bei uns immer noch am besten fahren in Folge des niedrigen Beitrages, so halte ich ihm entgegen, daß sie ja auch in Bezug auf Unterstützung im Gegensatz zu anderen Klassen wieder im Nachteil sind. Beweis: Die Krankenunterstützung der 1. Klasse bleibt immer gleich, ob das Mitglied nun ein oder zehn Jahre oder noch länger dem Verbands angehört. Nechtlich verhält es sich auch bei der Arbeitslosenunterstützung, so daß alle über drei Jahre dem Verbands Angehörigen diesen die Zuschüsse der ersten Jahre wieder zurückerstatten.

In Nr. 10 der „Buchbinder-Zeitung“ wird angegeben, daß die Schwierigkeiten einer Erhöhung der Beiträge für die unteren Klassen durchaus nicht verkannt werden. Es wird dann vorgeschlagen, daß die hier von betroffenen Zahlstellen, wenn es die Umstände möglich machen, auf die Lokalbeiträge für die unteren Klassen auf einige Zeit verzichten sollen, um den Kampffonds der Verbandsklasse zu stärken. Ich halte dies für verfehlt, denn die Zahlstellen haben die Lokalsteuer eingeführt, um eventuell auch einen Kampffonds für Streitfälle am Orte zu haben und um die Verbandsklasse zu entlasten. Hätten wir keine Lokalsteuern, dann würde ja schließlich die Verbandsklasse gar nicht in der Lage sein, die Unterstützungen bei Streitfällen in der Höhe, in welcher sie durch die Lokalsteuern ergänzt werden, zu tragen. Meine Meinung geht dahin, daß durch die Zuweisung in bestimmte Beitragsklassen ohne Erhöhung der Beiträge auszukommen wäre, da doch durch den Beitragszwang die höher entlohnten Mitglieder auch in die höheren Klassen steuern müßten und dadurch die unteren Klassen entlastet würden.

Nun wird man mir entgegenhalten, daß beim Beitragszwang ein Teil Mitglieder sagen würde: Ich mache nicht mehr mit, oder: Ich bezahle eben nicht mehr, trotzdem sie den höheren Lohn verdienen. Da muß ich entgegen, daß doch diese Mitglieder, welche dies nur in Unkenntnis ihrer Rechte in der höheren Klasse tun würden, leicht zu überzeugen sein werden, wenn man sie auf die größeren Rechte hinweist. Jedenfalls sind sie leichter zu bearbeiten als

wie Mitglieder der niederen Klasse, welche bei einer Erhöhung der Beiträge nicht mehr mitkommen, weil es über ihre Kräfte geht. Auch die Gründung einer Jugendklasse mit niedrigem Beitrag wäre dadurch überflüssig geworden, wenn man die Beiträge nicht erhöhen würde, denn diese könnten dann nach wie vor in die 1. Klasse aufgenommen werden, wie das ja schon der Fall ist, und für diese werden auch die jetzigen Unterstützungen genügen, während bei der Neugründung einer Jugendklasse auch wieder andere Unterstützungen eingeführt werden müßten und der nächste Verbandstag doch wieder vor die Tatsache gestellt werden würde, daß es trotzdem nicht langt. R. W.

Alle diejenigen Kollegen, welche bisher an der Diskussion zum Verbandstag teilnahmen, zielen fast ohne Ausnahme auf Abänderung der Leistungen und Gegenleistungen des Verbandes hin. Nun bin ich anderer Meinung und sei es mir gestattet, auch diese zu Gehör zu bringen. Mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen waren bisher alle für eine Beitragserhöhung oder eine weitere (fünftel) Beitragsklasse, dann auch für eine andere Abstufung der Unterstützungsätze: Also nach dieser Richtung hin ein fast ganz abgeändertes Statut. Bedenkt man aber, daß in zitta sechs Jahren ein Kampffonds von über 900 000 Mk. (?? D. M.) angesammelt worden ist, dann muß man sich doch fragen, warum denn eigentlich das Lamentieren? Ich bin davon überzeugt, eine gute Referententafel ist das beste Fundament für unser Verbandsgebäude, doch sehen wir nicht bei jeder Abrechnung, daß dieser Bau auf der ganzen Linie in die Höhe geht? Ist es nicht ein leichtfertiges Spiel, den Vertrag zu erhöhen und so der Agitation, der Mitgliederzunahme, hindernd in den Weg zu treten? Ist das wirklich notwendig? Es wird uns schon jetzt fast unmöglich, Maßnahmen für die 4. Klasse zu machen. Die uns fernstehenden verweisen doch stets auf den kolossalen Beitrag und wenden sich wieder ab.

Die ruhige und solide Entwicklung ist immer noch die beste gewesen und gerade da sind wir die letzten Jahre so wunderbar schon daran. Allerdings, mit der ersten Klasse ist es etwas anderes und wäre eine Erhöhung des Beitrages hierin nur der Korrektheit halber zu billigen.

Noch andere Gedanken zwingen mich aber, von einer allgemeinen Revision unseres Statuts Abstand zu nehmen und das ist die ungeheure Konfusion, die dadurch noch vergrößert wird. Ein großer Prozentsatz unserer Mitglieder kennt sich im Statut wenig oder gar nicht aus. Hört man die Mitglieder hierüber reden, dann findet man ein ganz konfusees Bild, welches nur durch das fortwährende Abändern hervorgerufen wird. Darum benötigen wir unbedingte Ruhe, damit wir die Innenarbeiten am Bau verrichten können, der durch den Zustrom neuer Mitglieder fleißig gefördert wird. Wie Figura zeigt, steht unsere Entwicklung nicht still. 850 000 Mark haben wir mit Großen zusammengetragen können und wir werden noch weiterkommen auch ohne allgemeine Erhöhung der gegenseitigen Leistungen. Georg Klinkert, Varnen.

Mit Recht ist die Agitation durch die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ für unseren Verband in den Vordergrund gerückt worden. Aber trotzdem wird dieselbe nicht allerorts demselben betrieben, wie es eigentlich wünschenswert wäre. Und wo es geschieht, da treten vielfach andere Erscheinungen zu Tage, die die oft mühselige Arbeit auf der anderen Seite wieder zunichte machen. Ich meine die vielen Reste, die vielen Abgänge und Abmeldungen usw. Diese hervorragende Tätigkeit in unserem Verbandsleben, die Agitation, soll einer ganz besonderen Aufsicht und Kontrolle nicht nur durch die Zahlstellen, sondern vielleicht auch durch den Gau oder durch den Verbandsvorstand unterzogen werden. Wäre es nicht möglich, die jetzt zur Agitation verwendeten Agitationstafeln allvierteljährlich oder sonstige einzuziehen, damit sie von den zuständigen Stellen geprüft werden können? Ich sehe darin zu gleicher Zeit einen Ansporn zur Werbearbeit, denn jede Zahlstelle würde bestrebt sein, möglichst viele neue Mitglieder aufzuweisen. Aber eine wichtige Sache ist neben der Agitation das Jete Verbleiben im Verband.

Die Fluktuation scheint mir im allgemeinen eine für unseren Verband überaus große zu sein. Wird doch in Nr. 34 vom 17. August vorigen Jahres in dem Artikel „Fluktuation und Beitragszahlung“ dieselbe ganz besonders getreift und konstatiert, daß in den letzten vier Jahren 41 988 neue Mitglieder dem Verbands beigefügt worden sind. Die Zahl spricht von Fleiß und Schaffensfreude aller tätigen Kollegen und Kolleginnen, doch demgegenüber stehen Abgänge von 33 294 wieder entlassener Verbandsangehörigen. Wieviel Fleiß und Mühe, wieviel Wege und Heberredungskunst alles gekostet hat, soll gar nicht an die große Glocke gehängt werden. Aber eins steht fest: Entlassene oder gewirkene Mitglieder lassen sich doppelt schwer wieder holen. Wäre es denn nicht besser, man könnte einmal gewonnene Berufangehörige durch eine Verdrängung des Statuts in Bezug auf die Restwochen halten? Wo sich ein Wille zeigt, da findet sich auch ein Weg, und diesen Weg sehe und erhoffe ich mir in einer Erhöhung der 1. bis 3. Beitragsklasse mit. Denn wenn man höhere Beiträge zu entrichten hat, wird ein jeder sich die Sache mit dem „Streiklassen“ genauer überlegen und nachdenken, daß es doch schade ist, der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Das Geld leant manchen dann leid tun, wenn die Beiträge höhere sind. Bei niedrigen Beiträgen sind solche Scheinmitglieder sofort beim „Schwimmlassen“. Wie hoch die Beiträge steigen sollen, will ich Berufeneren überlassen, die über eine solche Frage zu entscheiden vermögen. Doch die in Nr. 15 vom Kollegen K.-Eisenach entwickelte Idee ist keinesfalls abzulehnen, abgesehen von der Arbeitslosenunterstützung. Eine Erhöhung der untersten drei Beitragsklassen, und der Lohn muß die Höhe der Beitragsklasse bestimmen. Wird der Lohn beitragsbestimmend für unsere Verbandsmitglieder, so erübrigt sich vielleicht die Schaffung einer neuen Beitragsklasse. Mancher Kollege, der bisher seine Beitragsklasse — sich selbst schuldigend — nicht selbst ausgesucht hat, wird sofort seine Beitragsbeziehungen einstellen müssen.

flände sprechen also für ihn eine deutliche Sprache, sind ihm wie ein aufgeschlagenes Buch und dienen ihm auch als solches.

Eine ähnliche Art von Schrift- und Buchwerken, aber doch schon wesentlich mehr ausgebildet, finden wir auch bei den ältesten Kulturvölkern Äthiens und Amerikas. So wissen wir, daß bei den Chinesen in allerer Zeit, etwa fünf- bis sechstausend Jahre vor unserer Zeitrechnung, Schnüre und Knoten als Schreibmaterialien dienten und eine Art von Knotenbüchern geführt wurden. Aus einer Anzahl von Schnüren und Fäden wurde ein bestimmtes Gebilde zusammengeknotet. Die verschiedene Art der Knoten, die Stärke und Länge der einzelnen Schnüre, Größe, Zahl und Entfernung der verschiedenen Knoten usw. hatte bestimmte Bedeutung, war das Ausdrucksmittel für Worte und Begriffe. Diese Knoten waren also Schreibmaterial, Schriftzeichen und Buch zugleich. Diese Knotenwerke galten als eine Art Geheimbücher, die die Chinesen eifersüchtig vor fremden Völkern bewahrten; dennoch aber finden wir diese eigentümliche Art der Schrift- und Buchkunst auch bei den anderen Völkern, besonders bei den Irvölkern Mittel- und Südamerikas, in Mexiko und Peru, dem Reich der Inka, wo diese Art von Schriftwerken und Büchern vor der Eroberung dieser Länder durch die Spanier im öffentlichen Gebrauch war. In diesen Büchern wurden Rechnungen niedergelegt, geschichtliche Ereignisse aufgezeichnet und amtliche Verordnungen erlassen. Besonders Beamte waren mit der Führung dieser Knotenbücher betraut. Ein derartiges Knotenbuch, das nahezu ein Gewicht von acht Pfund hatte, wurde in einem peruanischen Grabe gefunden. Ein Spanier ließ sich von einem Eingeborenen das Ge-

heimnis dieser Knotenbücher mitteilen, wodurch es ihm gelang, das Schriftwert zu entziffern. Abb. 1

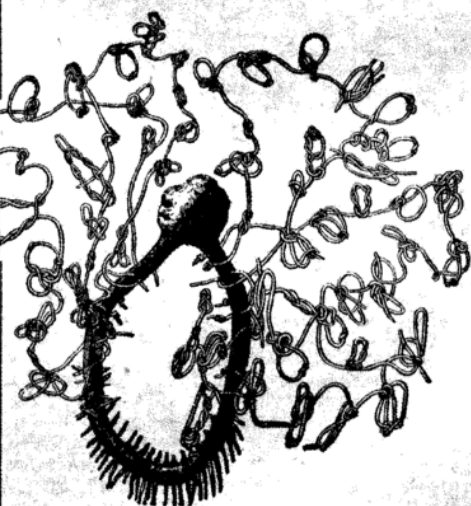


Abb. 1. Knotenbuch der alten Peruaner.

zeigt ein solches Knotenbuch. Es mag seine Schwierigkeiten gehabt haben, in diesem Buche zu lesen.

Endlich gehörte zu dieser Art symbolischer Schreibmaterialien und Bücher auch das wohlbekannte Kerzholz, das, wie es scheint, bei den meisten der heutigen Kulturvölker in früherer Zeit, insbesondere für die Zwecke der Schuldverzeichnung in Gebrauch war und in vielen Gegenden ja heute noch diese Bedeutung und Verwendung beibehalten hat. Wenn zwei ein Geschäft abgeschlossen hatten, so wurde die gegenseitige Verschuldung von Schuld und Erhalt in der Weise gebucht, daß zwei gleiche Hölzer, deren eins dem Gläubiger, das andere dem Schuldner gehörte, aneinandergelegt und der fragliche Posten durch einen über beide Hölzer gehenden Kerbschnitt verzeichnet wurde. War dann die Schuld getilgt, so wurde auf beiden Hölzern das Kerbschnitt abgetrennt, was als Buchung für die Begleichung der Schuld galt. In England galten solche Kerzhölzer bis ins 18. Jahrhundert hinein vor Gericht als beweiskräftige Schuldbücher, und auch heute noch dient ja das Kerzholz in ländlichen Gegenden vielfach als Schuldbuch, ebenso wie die Redensart: „Etwas auf dem Kerzholze haben“ noch heute an diesen interessanten Vorgänger des geschriebenen oder gedruckten Buches erinnert.

Mit fortschreitender Kulturentwicklung und in dem Maße, als sich das Bedürfnis nach Aufzeichnungen vergrößerte und vermehrte, wurde diese Art der Schreibmaterialien und der Buchung unzulänglich. Eine neue und zweckmäßigere Form für Schrift und Buchung suchte und fand der Mensch in der Schreibfläche, auf der er seine Aufzeichnungen durch bildliche Wiedergabe des Geschehenen machte. Auf den Wänden seiner Höhlen, Hütten und sonstigen Behausungen, auf seinen Gefäßen und anderen Gerätschaften hatte der Mensch schon in

Zum Schlusse will ich noch einige Worte über die „Buchbinder-Zeitung“ verlieren. Unsere Presse, die doch im Wirtschaftsleben des Proletariats eine der wichtigsten und hervorstechendsten Rollen spielt, kann wohl mit Recht zu einem der kleinsten Gewerkschaftsorgane gezählt werden. Und die vom Kollegen A. Kette angeregten Wünsche halte ich keinesfalls für übertrieben, soweit sie Formaturvergrößerung und Schrift anbetreffen, doch mit einer fachtechnischen Beilage wird es seine Schwierigkeiten haben. Die große Verschiedenheit und die Vielseitigkeiten der in unserem Verband zusammenstehenden Berufe und die damit verbundenen technischen Errungenschaften lassen sich meiner Ansicht nach kaum zu einem klaren Bilde vereinigen. Denn die technische Beilage müßte doch allen Gruppen Bilder vor Augen führen und allen Verbandangehörigen Rechnung tragen, denn benachteiligt soll doch kein Beruf werden. Daß eine fachtechnische Beilage unsere Verbandskasse schwer belasten würde, braucht nicht mehr gesagt zu werden. Das letzte Verbandstagsprotokoll zeigt uns die voranschreitenden Kosten einer solchen Beilage. Vielleicht ließe sich aber im Zeitungsweesen ein jetzt wirklich bestehender Mangel dadurch wettmachen, daß man noch eine zwei- bis vierseitige Beilage beifügt, damit den formwährenden Zurückstellungen (namentlich um die Zeit der Generalversammlungen) einigermaßen vorbeugt würde. Daß unsere Presse nach dieser Seite hin wirklich verbesserungsbedürftig ist, bezweifelt wohl niemand. Zu noch kleinerer Schrift wird man kaum noch greifen können, um wieder eine Seite Platz herauszuschinden. Aber man könnte versuchen, unsere Zeitung auf etwas billigerem Papier herzustellen. Vielleicht ließe sich dann auf Jahre hinaus mit einer Formaturvergrößerung und evtl. einer vier- oder zweifseitigen Beilage von etwas billigerem Stoff den immer wieder auftauchenden Wünschen der Verbandsmitglieder Rechnung tragen.

Vimbach. A. B.

Durch Lohnbewegungen, wirtschaftliche Krisen und dergleichen wird mancher Kollege arbeitslos und durch schwarze Listen gezwungen, im Auslande Stellung zu suchen. Trifft dann so ein Kollege zur ausländischen, z. B. österreichischen Organisation über, so gerät er fast alle Rechte, wie die einheimischen Kollegen selbst. Nur die Invaliden-Unterstützung ist davon ausgeschlossen, obwohl die Bestimmungen des deutschen wie österreichischen Verbandes im wesentlichen gleichlauten. Zum Zwecke der Invaliden-Unterstützung wurden die Beiträge der in Betracht kommenden Beitragsklassen im deutschen wie im österreichischen Verbands entsprechend erhöht. Die Karenzzeit ist hier wie dort 10 Jahre. Drängt dieses uns nicht den Gedanken auf, auch diesen Unterstützungsweig in den Gegenseitigkeitsvertrag mit aufzunehmen, wie es schon vor drei Jahren Kollege Grünwald-Wien auf der internationalen Konferenz angeregt hat? Die Fälle, daß Mitglieder jahrelang Invalidenbeiträge geleistet haben, dann nach Oesterreich reisen oder von Oesterreich kommen, die Invalidenbeiträge nicht angerechnet erhalten, selbst auch dann nicht, wenn sie in ihrem Heimatlande schon bezugsberechtigt waren,

ältester Zeit seinen künstlerischen und zeichnerischen Trieb zu betätigen veracht, indem er die Gegenstände seines täglichen Lebens auf solchen Flächen, wenn auch in noch so roher Form, bildlich wiederzugeben suchte. Die Wände aufgerundener Höhlen, in denen in vorgeschichtlicher Zeit der Mensch haute, ebenso die aufgerundenen Tongefäße und sonstigen Gerätschaften aus dieser Zeit zeigen sich oftmals mit Zeichnungen von Menschen, Tieren, Waffen, Geräten usw. bedeckt, Zeichnungen, die vermittelt eines harten Griffels, vielleicht auch nur vermittelt eines länglichen und spitz zulaufenden Steines in die weiche Wand eingeritzt und auch mit farbiger Erde roh aufgemalt wurden. Diese Kunst stellte der Mensch in den Dienst der schriftlichen Aufzeichnung, indem er bestimmte Verhältnisse zu Symbolen bzw. Schriftzeichen seiner Gedanken machte. So entsteht die Bilderschrift und mit dieser der Gebrauch des Gerätes als Schreibmaterial durch die Schriftfläche. Nabegru jede Fläche, die härteste wie die weiche, wird als Schreibfläche benutzt. Auf spröden und hochgelegenen Felswänden, auf den härtesten Granitplatten, auf Grab- und Denksteinen finden wir die Bilderschrift eingehauen oder eingemeißelt, in Holztafeln, auf Baumrinde, auf Knochen und ähnlichem, eine Fläche darbietendes Material finden wir sie eingeritzt, auf Baumblättern, Gewebstoffen und Tierhaut finden wir sie aufgemeißelt. Ebenso muß auch die menschliche Haut als Schreibfläche und Buch dienen, wie wir es in der Tätowierung finden, die ursprünglich der schriftlichen Beurkundung von Schulden, der Erklärung der Volljährigkeit, aber auch der rühmlichen Befundung benehener Tapferkeit ihres Trägers sowie sonstigen Aufzeichnungen von persönlicher dokumentarischer Bedeutung diente,

sind vorhanden. Das aber ist höchst ungerecht! Denn es betrifft meist ältere, kampferprobte, zuverlässige Mitglieder. Sollen diese Kollegen, die ihre Erfahrung, ihre Heimat, ja sogar auf unbestimmte Zeit ihre Familie verlassen mußten, weil sie durch ihr unerhohenes Eintreten für die Organisation dem Unternehmerterrorismus zum Opfer gefallen sind, zu allem Ungehäm auch noch jener Rechte beraubt werden, die sie selbst mit geschaffen haben? Warum soll jenen Kollegen die Karenzzeit verlängert oder gar verdoppelt werden?

Wohl gewährt der Verbandsvorstand die Vergünstigung, daß jene Mitglieder, die vom Auslande zurückkommen, die betr. Beiträge zur Invalidenunterstützung nachzahlen dürfen. (B.-Z. Nr. 37.) Aber sind diese Kollegen auch immer in der Lage, neben den oft unerwünschten Einkünften, die die Ueberriedelung usw. mit sich bringt, auch noch diese Ausgabe zu tragen?

Die Invalidenunterstützung mit dem österreichischen Verbandsmitgliedervertrag mit aufzunehmen, kann unsere Verbands- bzw. Invalidenklasse wenig belasten. Bei den jüngeren Kollegen gleicht es sich aus und wenn einmal ein älterer Kollege die Unterstützung beanspruchen muß, so hat er sie gewiß ehrlich verdient.

Zittau i. Sa.

2.

### Aus unserem Beruf.

#### Arbeitslosenstatistik.

Bei der Berichterstattung an das kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat März in Betracht kommenden Stichtag — 29. März — durch unsere Organisation in 145 berichtenden Zahlstellen mit 16 980 männlichen und 17 142 weiblichen, zusammen 34 122 Mitgliedern, 503 männliche und 380 weibliche, zusammen 883 an Orte befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 45 männliche Mitglieder in diesen Zahlstellen zugerechnet, so daß insgesamt in den 145 Orten 928 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden. Zwei Zahlstellen mit zusammen 30 männlichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 3,2, bei den weiblichen 2,2 und bei beiden zusammen 2,7 Arbeitslose. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort u. auf der Reise befindlich)		Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
	m.	w.	1912	1911	1910	1909		
März	434	257	6,91	2,7	1,7	2,2	2,4	2,5
April	495	354	849	3,1	2,4	2,7	2,2	2,7
Mai	592	342	934	3,6	2,1	2,9	2,5	3,1
Juni	621	361	982	3,7	2,3	3,0	2,9	2,8
Juli	630	324	954	4,0	2,1	3,0	3,1	2,9
August	586	330	916	3,6	2,1	2,8	3,1	2,4
September	507	252	759	3,0	1,6	2,8	2,2	2,8
Oktober	394	208	602	2,4	1,3	1,8	2,5	1,8
November	367	303	670	2,2	1,8	2,0	2,0	2,0
Dezember	527	449	976	3,2	2,7	2,9	2,8	2,9
Januar	502	496	1058	3,4	3,0	3,2	3,5	3,7
Februar	594	473	1067	3,5	2,8	3,2	3,1	3,2
März	548	380	928	3,2	2,2	2,7	2,2	2,4

Die Verwaltungen der Zahlstellen in Apolda und Mühlhausen i. G. haben trotz erfolgter Mahnung die Berichtskarte nicht eingesandt.

Im abgelaufenen ersten Quartal wurden von den 145 berichtenden Zahlstellen insgesamt 3984 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 70 187 Arbeitslosentagen gemeldet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder 2078 und auf die weiblichen 1906 Fälle von Arbeitslosigkeit. Auf je 100 Mitglieder waren demnach im ersten Quartal bei den männlichen Mitgliedern 12,2, bei den weiblichen 11,1 und bei beiden zusammen 11,7 Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Gegenüber dem vierten Quartal 1912 mit 11,5 Fällen ist wieder eine geringe Zunahme, gegenüber den gleichen Quartalen der Jahre 1912, 1911, 1910 und 1909 mit je 13,5, 13, 12,8 und 16,2 Fällen dagegen immer noch eine be-

deutende Abnahme der Arbeitslosentage zu konstatieren.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit nach dem Verhältnis der gemeldeten Fälle zu den gezählten Arbeitslosentagen berechnet, ergibt im ersten Quartal für jeden Fall von Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 17,9 Arbeitslosentage. In dieser Beziehung ist gegenüber dem vierten Quartal 1912 mit durchschnittlich 12,9 Arbeitslosentagen, sowie auch gegenüber den gleichen Quartalen der drei Vorjahre mit durchschnittlich je 16,4, 15,9 und 14,7 Arbeitslosentagen eine ständige Zunahme in der Dauer der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, während der hohe Stand des Jahres 1909 mit durchschnittlich 18,8 Arbeitslosentagen noch nicht erreicht ist. Es wurden ermittelt:

Quartal und Jahr	Zahl der gemeldeten Fälle von Arbeitslosigkeit	Auf je 100 Mitgl. kommen Fälle von Arbeitslosigkeit	Zahl der gezählten Arbeitslosentage	Durchschnittlich samen Arbeitslosentage auf 1 Fall von Arbeitslosigkeit		
				1912	1911	1910
1912						
1.	4198	13,5	68 701	16,4	15,9	14,7
2.	3768	11,6	61 463	16,3	14,1	14,5
3.	3685	11,2	70 533	20,8	15,4	16,2
4.	3841	11,5	49 525	12,0	11,9	11,8
1913						
1.	3984	11,7	70 187	17,9	16,4	15,9

Arbeitslosenunterstützung am Ort haben im ersten Quartal 1913 insgesamt 1878 Mitglieder für 37 411 Tage zusammen 44 319,20 Mt. bezogen, und zwar 1061 männliche Mitglieder für 22 155 Tage 28 697,45 Mt. und 817 weibliche Mitglieder für 15 260 Tage 15 621,75 Mt.

Außerdem wurde an auf der Reise befindliche Mitglieder noch für 2144 Tage 2078,90 Mt. Unterstützung gezahlt, so daß insgesamt im ersten Quartal für 39 555 Tage 46 398,10 Mt. an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen waren.

Die Zahl der unterstützten Personen wie auch die Zahl der Unterstützungsstage und die Höhe der zur Auszahlung gelangten Unterstützungssumme ist gegenüber dem vierten Quartal des Jahres 1912 wieder eine bedeutend höhere, was durch die in den letzten Monaten des Jahres für unser Gewerbe vorherrschende günstigere Geschäftskonjunktur leicht erklärlich ist. Gegenüber den gleichen Quartalen der Jahre 1912 und 1910 ist die Zahl der unterstützten Personen, wie auch der Unterstützungsstage eine höhere, gegenüber dem ersten Quartal des Jahres 1911 dagegen ziemlich die gleiche, während die zur Auszahlung gelangte Unterstützungssumme gegenüber den beiden Vorjahren eine bedeutend geringere ist.

Nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die in den einzelnen Quartalen ermittelten Ziffern:

Quartal und Jahr	Zahl der unterstützten Personen am Ort		Unterstützungsstage am Ort		Summe d. a. d. Arbeitslos. a. Ort gezahlte Unterstütz.		
	männl.	weibl.	männl. Tag	weibl. Tag	1912	1911	1910
1912							
1.	900	820	21952	14002	32582	17685	55135
2.	1210	637	22021	11803	42378	14119	34460
3.	1030	586	21898	10365	35154	12415	41490
4.	819	572	13197	9459	20082	11409	31789
1913							
1.	1061	817	22155	15266	28697	15622	

Bringt man von der Gesamtzahl der gemeldeten Arbeitslosentage die Zahl der unterstützten Personen und der Unterstützungsstage in Abzug, so findet man, daß im abgelaufenen ersten Quartal den 3984 gezählten Fällen von Arbeitslosigkeit mit zusammen 70 187 Arbeitslosentagen nur 1878 unterstützte Personen mit zusammen 37 451 Unterstützungsstagen gegenüberstehen. Es waren also 32 736 Arbeitslosentage zu verzeichnen, für welche den arbeitslosen Mitgliedern Unterstützung nicht gezahlt wurde. Es ist also auch für das erste Quartal 1913 neben der ständigen Zunahme in der Dauer der Arbeitslosigkeit, auch wieder eine Zunahme derjenigen Arbeitslosentage zu konstatieren, für welche Unterstützung nicht gezahlt wurde. Der durch die Arbeitslosigkeit verursachte Notstand ist daher für den einzelnen Arbeitslosen zweifellos ein ganz bedeutender. Folgende Tabelle zeigt dieses Verhältnis in den beiden letzten Jahren:

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der Arbeitslosen am Ende insgesamt, Unterstützungstage a. Ct., Demnach Arbeitslosen-tage ohne Unter-stützung, Son je 100 Arbeitslosen-tagen waren mit Unter-stützung, ohne Unter-stützung.

Auf die gesamte Mitgliederzahl umgerechnet ergibt sich, daß im ersten Quartal durchschnittlich auf jedes Mitglied 2,1 Tage Arbeitslosigkeit entfallen, sowie daß an jedes Mitglied durchschnittlich 1,30 Mt. Arbeitslosenunterstützung zu zahlen war, und zwar an jedes männliche Mitglied durchschnittlich 1,68 Mt. und an jedes weibliche Mitglied durchschnittlich 0,91 Mt. Folgende Tabelle zeigt, welche Entwicklung die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, prozentual auf den Kopf der Mitglieder berechnet, in den letzten drei Jahren erfahren haben:

Table with columns: Quartal und Jahr, Im Durchschnitt entfielen auf jedes Mitglied, Zahl der Arbeitslosen, Unterstützungstage, 1911 und 1912, 1910 m. u. w., 1911, 1912, 1913.

Wie geben nun noch eine Uebersicht über die an auf der Reise befindliche Mitglieder gezahlte Unterstützung, sowie die dabei gezahlten Unterstützungstage. Die Zahl der dabei unterstützten Personen läßt sich aus den Berichtarten nicht feststellen, weil in den verschiedenen Zahlstellen immer wieder die gleichen Reisenden sich melden.

Table with columns: Quartal und Jahr, Zahl der Unterstützungstage bei männlichen Reisenden, Zahl der Unterstützungstage bei weiblichen Reisenden, Gezahlte Unterstützung 1912 und 1913, 1911 an männl. und weibl. Reisenden zusammen.

Arbeiterinnen an der Webstuhlmaschine.

Wie weit die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiterkräfte geht, wenn derselben durch keine tarifliche Abmachungen Schranken auferlegt sind, zeigt folgendes Inserat, das in den letzten Tagen den „Arbeitsmarkt der Berliner Morgenpost“ zierte:

Junger Mann

oder Mädchen, das mit der Nähmaschine und Schneidemaschine Weidisch weiß, verlangt Verd. 500,-, Stange, Oranienstraße 183.

In einer Zeit, wo Hunderte gelernter und eingearbeitete Arbeiter aller Branchen der Berliner Arbeitsnachweis bedürftig, sollte man so etwas nicht für möglich halten.

Preisauflage für Buchbinderarbeiten.

Die Buchbinder-Zwangsinnung zu Breslau macht bekannt, daß ihre Mitglieder infolge Steigerung der Preise für sämtliche Rohmaterialien sowie der Löhne beschließen haben, für ihre Arbeiten einen Preisauflage von 10 bis 20 Proz. vom 1. April ab eintreten zu lassen.

Diese Meldung zeigt, daß eine Lohnbewegung der Arbeiter auch für die Unternehmer zu einem guten Geschäft werden kann. Denn abgesehen davon, daß von einer durchgehenden 10- bis 20prozentigen Lohnsteigerung nicht entfernt geredet werden kann, werden auch die übrigen Geschäftskosten furcherhand um „10-20 Proz.“ erhöht. Und das alles natürlich ohne — Streik, ohne langwierige Verhandlungen und auch ohne die Gefahr eventueller Maßregelungen. So ein „armer“ Unternehmer verdient doch wirklich unter Mitleid.

Aus Handelskammerberichten.

Die Handelskammer in Hanau schreibt in ihrem Bericht für 1912:

„Für die Fabrikation von Etuis für Bijouterie, Uhren und Silberwaren und von Schaufenster-Etalagen war im Berichtsjahre der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend. Wenn auch der Zulandsabfall durch die Balkanreise und den Krieg gerade während der sonst lebhaftesten Zeit recht nachteilig beeinflusst war, so wurde dafür doch durch ein lebhafteres Auslandsgeschäft einigermaßen ein Ausgleich geschaffen.“

Durch die steigenden Arbeitslöhne sowie durch das Anwachsen anderer Löhntypen wurde der Verdienst beschnitten, zumal es nicht möglich war, auf die Preise einen ausgleichenden Aufschlag durchzusetzen; im Gegenteil mußten viele Artikel, besonders im Auslandsgeschäft, nur um die Unträge erhalten zu können, zu reduzierten Preisen abgegeben werden. Eine Bewegung innerhalb der Etuisfabrikanten Deutschlands, eine angemessene Preisbildung herbeizuführen, scheiterte an der Verschiedenartigkeit der Fabrikate.

Bei Vorbereitung der neuen Handelsverträge wünschten die Etuisfabrikanten dringend eine solche Berücksichtigung ihres Gewerbes, das ihnen wieder in erhöhtem Umfange der Export ermöglicht wird. Weniger die Verschiedenartigkeit der Fabrikate dürfte zum Scheitern der angebotenen Preisconvention geführt haben, als vielmehr die Unmöglichkeit, alle maßgebenden Unternehmer unter einen Hut zu bringen. Die Konkurrenz der Unternehmer unter sich, die gegenseitigen Unterbietungen, das Mißtrauen, das der eine dem anderen gegenüber hat, dürfte viel eher der Grund sein.

Arbeitslosigkeit und Ueberstunden-unweisen.

Zahlreich sind seit einigen Monaten Kollegen und Kolleginnen vorhanden, die sich guter körperlicher Frische und Gesundheit erfreuen, die vollständig arbeitsfähig und willig sind, die aber trotz allen Suchens keine Beschäftigung finden können. Soweit es sich um ledige Kollegen handelt, ergreift so mancher den Wandertrieb, um anderwärts sein Heil zu suchen. So ging es auch mir und als ich schon etliche Wochen auf der Landstraße dahinwanderte und eines Tages die Türe und Fabrikshote einer größeren Stadt sichtbar wurden, da stiegen neue Hoffnungen in mir auf. Ich rechnete auf Arbeit und Brot, zumal mir bekannt war, daß in Würzburg, der Universitätsstadt am schönen Main, dem ich mich näherte, unser Beruf immerhin ziemlich vertreten ist. Das wußte ich noch ganz gut von früher, als ich längere Zeit in der Universitätsdruckerei A. G. vormals tätig war. Einige bekannte Kollegen von früher, die ich abends aufsuchte, bestätigten mir, daß gegenwärtig sehr viel Arbeit vorhanden und Ueberstunden in großer Zahl gemacht werden. Natürlich war nach Tagesanbruch der erste Gang noch der Firma Stürb. Wie enttäuscht fühlte ich aber zurid, weil mir gesagt wurde: „Bedauere, es ist keine Stelle frei!“ Wie ein Pfeil aus heiterem Himmel kam diese Enttäuschung, wußte ich doch, daß seit 5 Monaten das gesamte Personal Ueberstunden in einer Zahl leistet, die kaum glaublich erscheint. Arbeiterinnen machen täglich 3-6 Ueberstunden, Kollegen 2-5 1/2. Erstere werden sogar benötigt, teilweise die Mittagspause durchzuarbeiten. Die Arbeiterinnen haben also eine tägliche Arbeitsleistung von 12-15 Stunden aufzuweisen! Wo bleibt da der gesetzlich begrenzte Arbeitstag für Arbeiterinnen von höchstens 10 Stunden, an Samstagen und Vortagen von gesetzlichen Feiertagen 8 Stunden? Gibt es in Würzburg keine Fabrik- und Gewerbeinspektion, die den §§ 137 und 138 der Gewerbeordnung Geltung verschaffen kann? Eine ganze Anzahl Kollegen sind vorhanden, die durch-

schnittlich pro Woche 22-30 Ueberstunden schieben! Fröhlich mit Tagesanbruch oder gar noch eher wird in die Treitmühle hineingetrochen und ohne Pause bis in die späte Nacht fortgeschuftet!

Da braucht man sich nicht mehr zu wundern, wenn für einen Arbeitslosen, der schon wochenlang die Landstraße mit bevölkert, keine Beschäftigung vorhanden ist. Wenn immer je 2 Kollegen die Arbeitszeit von 3 wählen und schufteln, so kann man sich einen Pessimisten machen, wie viele Arbeitslose Beschäftigung finden könnten in dem einen Betrieb, wenn dieses unglückliche Ueberstundenanwesen beseitigt, mindestens aber auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt würde. Mehr wie zehn Arbeitslose konnten bei einer richtigen Arbeitsleistung ständig Lohn und Brot in diesem einen Betrieb finden.

Welches Gefühl aber arbeitslose Kollegen beschleichen muß, wenn sie solche haarsträubenden Zustände sehen, weiß nur derjenige zu würdigen, der es empfunden hat. Muß er nicht die Kollegen und Kolleginnen verurteilen, welche gedankenlos durch ihr unmenschliches Ueberstundenschuften einer großen Anzahl arbeitsloser die Möglichkeit nehmen, Arbeit zu erhalten und als Mensch existieren zu können? Ist es denn unsern Würzburger Kollegen noch nie in den Sinn gekommen, welchen unverantwortlichen Raubbau sie mit ihrer Arbeitskraft treiben? Ist es ihnen noch nicht zum Bewußtsein gekommen, wie schwer sie sich gegen sich selbst verdingen? Ich glaube, viele Kollegen von denen sehnend endlich einmal den Schicksal dieser Ueberstundenschufterei herbei. Wesentlich tragen diese Zeiten dazu bei, daß letzteres recht bald, aber auch auf immer geschieht, so daß andere einen Vorteil haben von der Kritik, die ich an den von mir beobachteten unerböhrten Zuständen in Würzburg üben mußte. Wenn ich noch heute ohne Arbeit bin, zu einem Teile danke ich es der Kollegenhaft in Würzburg, die durch ihr Ueberstundenwesen den Raub am Brot des anderen in wahrlich nicht beneidenswerter Vollkommenheit eingeführt haben.

Bericht vom Gautag des Gaues 13.

Abgehalten am 6. April 1913 in Kaiserslautern.

Der Gautag wurde durch ein gut vorgetragenes Lied des Buchbindervereins Kaiserslautern stimmungsvoll eingeleitet. Nachdem eröffnet um 1/11 Uhr der Gauvorsitzende Armbrecht Mannheim den Gautag, die Anwesenden herzlich willkommen heißend. Den Tag begrüßte die Erschienenen im Namen der Zahlstelle Kaiserslautern.

Anwesend waren vom Gauvorsitzand: Armbrecht, Despang und Schmidt; ferner als Vertreter des Verbandsvorstandes Weg, Frankfurt a. M. — Als Delegierte für Mannheim: Gade, Lipfert, Schweidert, Huber, Winter; Heidelberg: Stücken, Schröder; Kandel: Kern, Brechner; Kaiserslautern: Hengge; Saarbrücken: Küst, Schmidt; Trier: Scheuer; Grünstadt: Raier; Kirchheimbolanden: Kunze; Kreuznach: Mühlhäusler; Neunkirchen: Danmwoß; Neustadt: Gafmann; Pirmasens: Discher; Saarlouis: Schwinn; Worms: Gertner, Außerdem Gäste aus Mannheim, Saarbrücken, Kaiserslautern und Ladenburg.

Zu erledigen war folgende Tagesordnung:

- 1. Geschäftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers.
2. Stellungnahme zum Tarifablauf mit der pfälzischen Buchbinderinnung und Reichsleistung über event. weitere Lohnbewegungen im Gau. (Referent: Armbrecht.)
3. Die Agitation im Gau. (Referenten: Schmidt und Weg.)
4. Ausbau des Gau-Arbeitsnachweises. (Referent: Gade.)
5. Unser 12. Verbandstag und Anträge hierzu.
6. Sonstige Anträge und Beschlüsse.

Anträge lagen folgende vor:

- 1. Zum Verbandstag.
1. Zahlstelle Mannheim-Ludwigsbasen: Zum § 7 des Statuts. Der Beitrag beträgt: in der 1. Klasse 25 Pf.
2. „ 2. „ 40 „
3. „ 3. „ 55 „
4. „ 4. „ 85 „

Die hieraus entstehende Mehreinnahme soll ausschließlich als Kampffonds Verwendung finden.

2. Zahlstelle Mannheim-Ludwigsbasen und Gauvorsitzand: Dem § 52 ist anzufügen: Zahlstellen können an allen Orten errichtet werden, sobald 15 Mitglieder vorhanden sind und die Hälfte hiervon ist mindestens einem Jahr Mitglied ist.

3. Zahlstelle Mannheim-Ludwigsbasen und Gauvorsitzand: Bei Mittelgliedern, die sich selbständig machen, ruhen alle Pflichten und Rechte. Treten dieselben innerhalb

dreier Jahre wieder in ein Arbeitsverhältnis ein und haben sie sich nichts gegen den Verband zuschulden kommen lassen, so treten sie wieder in die alten Rechte ein.

**4. Gauvorstand:**  
Zu § 18 ist als weitere Unterstützungsstufe bei der 4. Beitragsklasse zuzufügen:

Nach 520 Mitgliedskonten- und Beitragswochen pro Tag 2,25 M., Höchstbetrag 157,50 M., Höchstbauer 70 Tage.

**5. Mühlenhäuser-Kreuznach:**  
Bei § 29 Abs. 1 sind die Worte zu streichen: „Vor- erst in Form von Darlehen“. Abs. 2 ist zu streichen.

**6. Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen:**  
Die Ausführungsbestimmungen über die Anwendung der Invalidenunterstützung sollen auf dem Verbandstag getroffen werden.

**7. Zahlstelle Randel:**  
Der Vorstandsvorstand möge sich mit den anderen graphischen Verbänden zwecks Gründung eines graphischen Industrieverbandes in Verbindung setzen.

**II. Anträge zum Gau-tag.**

**Zahlstellen Heidelberg und Saarbrücken:**  
Der nächste Gau-tag ist in Heidelberg resp. Saarbrücken abzuhalten.

**Zahlstelle Heidelberg:**  
Der Gauarbeitsnachweis hat seinen Sitz in Mannheim.

**Gauvorstand:**

Zu § 4 des Gau-regulativs ist zu setzen:  
Für ihre Mithewaltung kann den Vertrauensmännern 3 Proz. von den vereinnahmten Verbandsbeiträgen gewährt werden. Jedoch muß die Abrechnung 8 Tage nach Quartalschluß in Händen des Gauvorstandes sein. Bei weniger als 5 Mitglidern können Prozente nicht gewährt werden.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden bestimmt als Vorsitzende: Lippert-Ludwigshafen und Stüb-Saarbrücken, als Schriftführer: Huber-Winter-Mannheim und Stücken-Heidelberg.

Beim Geschäftsbericht wies Armbrust auf den Bericht in Nr. 15 der „Buchbinderzeitung“ hin und bemerkte, daß ihm der Bericht etwas gefügt wurde. Dies treffe vor allem auf die Mitgliederbewegung zu. Medner gab deshalb eine Uebersicht hierüber. Trotz intensiver Agitation hatte der Gau an Einzelmitgliedern 8 weniger, jedoch wurde dieser Mängeln im laufenden Quartal wieder ausgeglichen. Er berührte ferner die Verhältnisse in Grünstadt und Kirchheimbolanden, wo es jeweils die Inhaber von Großbetrieben sind, die den Fortschritt der Organisation zu hemmen suchen. Hierbei ging er dann noch näher darauf ein, was zur Serie der Firma J. Schäffer in Grünstadt geführt habe. Er bedauerte sodann, daß die Zahlstelle Stadel eine Versammlung mit Kollegen Zinke aus Weipzig als Referenten abgelehnt hatte. Ferner wurde die mangelhafte Unterstützung durch die Gewerkschaftsartelle bemängelt. Eine Beschwerde hierüber und die Publikation eines entsprechenden Artikels im „Correspondenzblatt der Generalcommission“ sei vom Genossen Legien abschließend beschieden worden. Mit der Aufforderung, den Gauvorstand in Zukunft mehr als bisher zu unterstützen und der Dankesabstattung an die Vertrauensleute schloß Medner seinen Bericht.

Der Kassenbericht lag vielfältig vor.  
Die Delegierten der Zahlstellen gaben sodann einen kurzen Situationsbericht.

In der Diskussion wurde nur über einige angeführte Sachen gesprochen und Auffklärung gegeben. Die Tätigkeit des Gauvorstandes wurde allerseits anerkannt.

Den zweiten Tagesordnungspunkt leitete Armbrust durch ein entsprechendes Referat ein. Es wurde an dem abgeschlossenen Tarif kritisch geübt und nach reiflicher Aussprache entsprechende Beschlüsse gefaßt. Diefelben ermöglichen es, daß der Gauvorstand die Schritte tun kann, die im Ansehen unseres Verbandes liegen, ohne den Zahlstellen ihre Bewegungsfreiheit zu nehmen.

Nachdem wurde Punkt 3 erledigt. Göbe gab hierbei ein Bild über die Kämpfe bezüglich der Arbeitsnachweise. Er wies besonders auf den Kampf bei der Gründung des Industrie-Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigshafen hin. Ferner führte er uns die verschiedenen Arten von Arbeitsnachweisen, deren Hauptziele betonten, vor Augen. Für unseren Beruf innerhalb des Gau'es gab Medner einen eigenen Arbeitsnachweis am vorteilhaftesten. Nur soll noch mit den Nachweisen der Gau'e 11 und 14/15 in feste Verbindung getreten werden. Folgende Resolution legte der Referent dem Gau-tag vor:

Um den Gauarbeitsnachweis besser auszubauen, verpflichten sich die Mitglieder, jede freigeordnete oder freiverbende Stelle sofort dem Arbeitsnachweisleiter mitzuteilen.

Der Gau-tag beauftragt den Gauvorstand, mit den anderen bestehenden Gauarbeitsnachweisen in Verbindung zu treten, um gesuchte Arbeitskräfte gegenseitig zu vermitteln.

In der anschließenden Debatte gab Armbrust noch einige Ausführungen über die Entlohnung und über das Funktionieren des heutigen Arbeitsnachweises. Den Anweisungen des Referenten wurde allerseits zugestimmt und die Resolution einstimmig angenommen. Eine solche mit einem weiteren Absatz (siehe Gau-tag des Gau'es 14/15) wurde abgelehnt.

Ueber „Agitation“ sprach Johann Metz-Frankfurt a. M. Er behandelte das Thema im allgemeinen und gab sodann einen Ueberblick über das Wachstum des Verbandes; dieses sei nur auf die rege Agitation zurückzuführen. Es könnte aber noch manches besser sein, wenn viele Mitglieder, anstatt faule Witze usw. in der Werkstube zu machen, mehr für den Verband agitieren würden. Auch manche Zahlstellenverwaltung widmet der Agitation nicht die nötige Aufmerksamkeit. Nur durch feste, zielbewusste Agitationsarbeit können Erfolge erzielt werden. Anstatt zu sagen: es hat doch keinen Zweck, sollte man mit voller Energie an die Agitation in zweckentsprechender Form herantreten. Er zeigte uns an zwei Zahlstellen, was durch zähe Agitationsarbeit erreicht werden kann. So stieg Mainz innerhalb eines Vierteljahres von 50 auf 180 Mitglieder, ebenso wurden in Hanau 50 Kolleginnen für den Verband gewonnen; dort glaubte man früher auch, es hätte keinen Zweck. Das Hauptgewicht ist in Zukunft mehr noch als bisher, auf die Organisierung der Kolleginnen zu legen. Ist doch tagtäglich zu erkennen, daß unser Beruf immer mehr von weiblichen Arbeitskräften durchsetzt wird. Nur mit den Kolleginnen gemeinsam können in absehbarer Zeit Lohn- und Tarifkämpfe erfolgreich beendet werden. Das Referat wurde sehr beifällig aufgenommen.

Ueber die zu entfaltende Agitation im Gau referierte Johann Schmidt-Mannheim. Er machte auf das Mißverhältnis zwischen Berufsangehörigen und Organisiertem im Gau aufmerksam. Sind doch von 1543 Berufsangehörigen erst 377 organisiert. Medner schilderte sodann die Verhältnisse der einzelnen Orte und die dort entfaltete Agitation sowie die gemachten Aufnahmen. So wurden innerhalb der Jahre 1910—1912 aufgenommen in Grünstadt 27, Kirchheimbolanden 11, Kreuznach 4, Neustadt 3, Neunkirchen 6, Pirmasens 13, Worms 2, Saarlouis 10, Trier 24, Einzelmitgliedern 12, Heidelberg 35, Kaiserslautern 21, Mandel 45, Saarbrücken 29 und Mannheim 251, zusammen 499 Mitglieder. Es muß also gesagt werden, daß schon tüchtig gearbeitet wurde; besonders ist das Wachstum der Zahlstellen Saarbrücken und Heidelberg zu begrüßen.

In der Debatte ging zunächst Huber-Winter auf die Verhältnisse innerhalb der Kartonagenbranche ein. Er zeigte, wie in Hahloch, Pirmasens und Söbberheim in Fabriken sich von kleinen Anfängen zu Großbetrieben entwickelt haben, während die Arbeiterkraft von dem Aufschwung der Firmen nichts fühlte. Niedere Löhne, lange Arbeitszeit und entsprechende Niederhaltung ist der Dank für die Mithilfe an dem Emporblühen. Dies kann nur anders werden, wenn das Gros der Arbeiterschaft in der Kartonagenindustrie unseres Gau'es organisiert ist. Dieses Ziel zu erreichen, muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln versucht werden. Heutige glaubt durch etwa alle halbe Jahre stattfindende Bezirkskonferenzen mehr Erfolge zu erzielen. Auf diesen Zusammenkünften könnten die Erfahrungen ausgetauscht werden. Armbrust ging auf die Ausführungen der Diskussionsredner näher ein und verlas eine entsprechende Resolution. In derselben wurde die Vetreibung der Agitation für dringend nötig befunden, um die wirtschaftliche Lage zu bessern und die Organisation auszubauen. Die bisherigen Agitationserfolge genügen hierzu noch nicht. Es ist deshalb in eine intensive Haus- und Werkstubenagitation einzutreten. Vorher sollen Agitationschriften aufgestellt, sowie die Agitation von bewährten Mitgliedern betrieben werden. Für Heranziehung und Ausbildung geeigneter Kollegen und Kolleginnen haben die Vorstände Sorge zu tragen. Der Gauvorstand soll über alle Vorkommnisse auf dem laufenden gehalten werden, um den Orten zu rechter Zeit die nötige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Diese wird den Zahlstellen resp. Vertrauensleuten mit entsprechendem Rundschreiben zugestellt.

Vor Eintritt in den 5. Tagesordnungspunkt verabschiedete sich ein alter Veteran unseres Verbandes, Kollege Kunze-Kirchheimbolanden, von den Anwesenden. Er glaubt infolge seiner Invalidität und hohen Alters nicht mehr in der Lage zu sein, auf dem nächsten Gau-tag zu erscheinen. Dieses Jahr begehrt Kollege Kunze sein 50jähriges Geseleensjubiläum. Lippert wünschte unter Zustimmung des Gau'tages ihm noch viele Jahre Gesundheit und hofft, ihn doch noch auf dem nächsten Gau-tag begrüßen zu können.

Die zwei letzten Punkte der Tagesordnung waren bald erledigt. Von den Anträgen zum Verbandstag wurde den Anträgen 2, 6, 7 zugestimmt; zurückgezogen 4; abgelehnt 1, 3, 5.

Von den Anträgen zum Gau-tag wurde der Antrag betreffs Sitz des Gauarbeitsnachweises und Entlohnung der Vertrauensleute angenommen. Aus finanziellen und praktischen Gründen wurde Heidelberg und Saarbrücken als Tagungsort für den nächsten Gau-tag abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, dem Gauvorstand zu überlassen, im Ueber-einstimmung mit den Zahlstellen den nächsten Tagungsort zu bestimmen. Hierauf war die Tagesordnung erschöpft und gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die gepflogenen Beratungen. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß die Tagung so schön verlaufen und die Debatte ausnahmslos in ruhiger, sachlicher Weise geführt wurde. Den Kaiserstauntern dankte er für ihre Mühe und die Arrangierung. Eingelassen war ein Begrüßungstelegramm vom Kollegen Schröder-Lahr. Um 1/2 Uhr wurde der Gau-tag geschlossen. Mit neuem Mut und neuer Lust soll es nun an die Agitation gehen.  
Huber-Winter. Stücken.

**Internationales.**

**Schweiz.** Zum bevorstehenden Verbandstag wird eifrig gerüstet. Zwei Fragen stehen in den Debatten in den Zahlstellen und in der Zeitung im Vordergrund: Die Anstellung eines Sekretärs und die Erweiterung des Verbandsorgans durch wöchentliches Erscheinen, anstatt wie bisher 14tägiges. Nachdem die Sektionen Zürich, Solothurn-Grenchen, Biel und Aarau eifrig für diese Vorschläge eingetreten, läßt nunmehr auch der Verbandsvorstand bekannt geben, daß er ebenfalls — wie schon vor langer Zeit unser Internationales Sekretariat — die Schaffung eines ständigen Sekretariats für notwendig halte, ebenso das achtjährige Erscheinen des Organs. Nur ist er im Gegensatz zu einigen Sektionen der Meinung, daß das ohne eine weitere Erhöhung der Beiträge (die erst im vorigen Jahre um 10 und 5 Cts. erhöht wurden) nicht abgehe, während einige Sektionen meinen, man solle für diese Zwecke die Zinsen des Verbandsvermögens verwenden, die etwa 5000 Fr. betragen. Andere wieder erklären sich schon mit der Erweiterung des Blattes zufrieden; sie erhoffen gerade davon einen agitatorischen Gewinn und meinen, gerade weil die Zeitung gut redigiert werde, solle man sie öfter als bisher in die Kollegenkreise bringen, damit der Inhalt mehr auf sie wirke.

Neben diesen Anträgen wird es sich in Luzern um die Schaffung einer dritten Beitragsklasse handeln. Bis jetzt besteht nur der Einheitssatz für die männlichen von 1,10 Fr. und 55 Cts. für die weiblichen Mitglieder.

Die Kollegen in St. Gallen und Aarau treten lebhaft für die Errichtung einer Alters- und Invalidenkasse ein, erhoffen auch, wie die Kollegen von Basel, einen Vorteil für den Verband, wenn er für seine Krankenkasse die im neuen Gesetz vorgesehene Bundesubvention in Anspruch nimmt. Andere Sektionen wiederum sagen, daß der Verband diese Subvention ablehnen müsse, weil der Bund daran Bedingungen knüpfe, die eine moderne Gewerkschaft nicht innehalten könne. Zum Beispiel dürfte in diesem Falle die Kasse etwaige Streikbrecher oder gelbe Arbeitervertreter nicht ausschließen, wäre gezwungen, jeden Berufsangehörigen anzunehmen und müßte außerdem die Wöchnerinnenunterstützung, Stillsprämien usw. einführen, die Unterstützungszeit von 90 auf 180 Tage verlängern u. a. m. Und das hielte die Kasse unseres Verbandes nicht aus. Die Kollegen in St. Gallen wiederum wollen die Krankenkasse vom Verband trennen, um Kräfte für die Agitation zu gewinnen. Demgegenüber sagen die Züricher und andere Kollegen, daß dann auch eine große Anzahl Mitglieder aus dem Verbands austräten, denn viele seien halt der Krankenkasse wegen Mitglied geworden. Die Erziehung und Bildung dieser Mitglieder sei eben angesichts der geringen Mittel bisher sehr mühsam und einstweilen noch wenig erfolgreich gewesen. Eine künftige planmäßigere Erziehung im Sinne des modernen Gewerkschaftswesens werde eben auch hier bessere Resultate aufweisen, weshalb schon aus diesem Grunde und um gewissen Mitgliedern den Irrwahn zu rauben, daß der Verband eine milchende Kuh sei oder eine Versicherungsanstalt, die Schaffung des Sekretariats und die Erweiterung der Zeitung nötig sei. Da der Verband jetzt die ersten tausend Mitglieder habe, die man vor vier Jahren auf dem Verbandstage in Zürich für die Schaffung eines Sekretariats als unbedingte Voraussetzung bezeichnet habe, so stehe ja der Verwirklichung nichts mehr im Wege. Zudem seien alle anderen Gewerkschaften, deren Mitgliederzahl auch nicht größer sei, längst mit der Anstellung von Sekretären vorangegangen.

Rumänien. Unsere Kollegenschaft arbeitet hier seit 1910 unter tariflich geregelten Arbeitsbedingungen. Jetzt nun soll eine erhebliche Herabsetzung der Löhne stattfinden, ein Verlangen der Unternehmer, dem die Arbeiter unter keinen Umständen entsprechen können. Die Weigerung, dem Ansinnen zuzustimmen, hatte die Androhung einer allgemeinen Aussperrung zur Folge, so dass unsere rumänische Kollegenschaft ersten Zeiten entgegengeht. Die Mehrzahl der Unternehmer sind Deutsche, und es erscheint deshalb sicher, dass diese versuchen werden, in Deutschland Arbeitswillige anzuwerben. Wir machen auf diesen Sachverhalt aufmerksam und warnen vor Arbeitsaufnahme nach Rumänien.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

Breslau (Firma M. Kragen u. Co.).

Grünstadt (Firma Schäffer).

Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Vor Arbeitsaufnahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland.

Minden (Buchbinder).

Hannover (Linierer).

Arnstadt (Buchbinder).

Chemnitz (Buchbinder).

Wirteln (Firma Rosenbergs; Anschluss gibt der Gaubevollmächtigte in Frankfurt am Main).

Norwegen. (Infolge angebotener Aussperrung.)

Rumänien. (Infolge angebotener Aussperrung.)

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrbrecher, Sperrbruch ist Streifbruch!

Berlin. Die Galanteriewarenfabrik Bloch u. Co. hat ihr männliches Presserpersonal entlassen. Die Firma versucht, an dessen Stelle Arbeiterinnen einzustellen. Wir machen unsere Kolleginnen hierauf aufmerksam und erüchten sie, Arbeitsangebote dieser Firma nicht zu beachten.

Dresden. Die Versammlung vom 9. April nahm den Bericht vom Gantag entgegen und besprach die durch unsere Zahlstelle zu stellenden Anträge an den Verbandstag. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der verstorbenen Kollegen Freitag und Weigener in üblicher Weise. Der Bericht vom Gantag, erriktet von Kroll, rief nur eine kurze Debatte hervor. Es wurde gewünscht, daß die Gantage möglichst kurz vor den Verbandstagen stattfinden möchten.

Darauf trat man in die Beratung der Anträge zum Verbandstag ein. Ein Antrag in Zukunft die Abrechnungen in der „B.-Z.“ als Sonderbeilage erscheinen zu lassen, um mehr Raum für den unterhaltenden Teil zu gewinnen, fand Annahme. Ebenso soll die Einführung einer Sterbetafel beantragt werden. Die Schaffung einer fachtechnischen Beilage ist wohl der Wunsch vieler, aber im Hinblick auf die unermäßig großen Kosten verzichtet man auf einen diesbezüglichen Antrag. Bezüglich der Beiträge und Unterstützungsfragen hofft man, daß alles so belassen werde wie bisher, ausgenommen eine Neuregelung der Streikunterstützung, deren Erhöhung als eine unbedingte Notwendigkeit betrachtet wird. Sollte der Verbandstag eine Erhöhung für die erste Beitragsklasse beschließen, so wünscht man, daß der bisherigen ersten Klasse eine neue Klasse vorangesetzt werde, in welche zu steuern berechtigt sein sollen außer den Jugendlichen unter 16 Jahren und den Lehrlingen auch ältere weibliche Lernende und Personen, die infolge Alters oder Krankheit nur einen ganz geringen Verdienst haben, wie man vielfach bei Heimarbeiterinnen beobachten kann. Während man für diese Klasse den Kreis der Aufzunehmenden fest umgrenzt wissen will, kann

man sich nicht entschließen, einem Antrag betr. Massenprüfung nach der Höhe des Arbeitsverdienstes zuzustimmen. Bestimmend für die ablehnende Haltung in dieser Frage ist die technische Unmöglichkeit einer einheitlichen Durchführung dieses Massenprüfungsweges vor allem in Dresden mit seinem ausgesprochenen Kleinbetriebselement. Ehe feste tarifliche Verhältnisse überall vorhanden sind, wird man sich genügen lassen müssen, die Mitglieder auf die moralische Pflicht hinzuweisen und vielleicht auch auf die finanziellen Vorteile, welche sie durch die Zugehörigkeit in den höheren Klassen erlangen. Ein Antrag, den weiblichen Mitgliedern die Beitragsleistung in der dritten Klasse zu gestatten, wurde auch von den Kolleginnen beantwortet. Um einer Erhöhung der Beiträge zu begegnen, regte Deune an, die Karenzzeit auch für die Arbeitslosenunterstützung auf acht Tage zu erweitern. Diese Anregung fand wenig Gegenliebe. Abgelehnt wurde auch ein Vorschlag, die Invalidenunterstützung obligatorisch für die dritte Klasse einzuführen, Annahme dagegen ein solcher, nach dem Zahlstellen mit großer weiblicher Mitgliederzahl, welche mehr wie zwei Delegierte auf den Verbandstag entsenden, möglichst eine Kollegin mitdelegieren sollen. Dieser Antrag verursachte eine längere erregte Debatte. Kopf führte aus, daß er nur mit Rücksicht auf die Lage der Verbandstasse davon abstehe, einen Antrag einzubringen betr. Versicherung auch der nichtangestellten Funktionäre der Zahlstellen. Diese Frage dürfe aber trotzdem nicht aus den Augen gelassen werden. Palme wünscht, daß bei Lohnbewegungen den einzelnen Zahlstellen mehr freies Verfügungsrecht zugehoben werde. Ferner wünscht er eine engere Begrenzung der Verfügung des Verbandsausschusses. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Unter „Verchiedenes“ wurden noch die Wahlen zum Komitee vorgenommen und ferner beschlossen, einen gemeinsamen Besuch der internationalen buchgewerblichen Ausstellung Leipzig 1914 vorzubereiten und zu diesem Zwecke die von der Ausstellungsleitung gelieferten Sparmarken auszugeben und eine Reisepartie zu errichten. Lange verweilt noch auf die am 22. April stattfindende Sitzung der Vertrauenspersonen, in der die Vorschläge für die Verbandstagsdelegierten gemacht werden sollen.

Göppingen. Am 8. April tagte eine stark besuchte Versammlung der in den Buchbindereien und Kartonnagenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche sich mit der Durchführung des freien Samstagnachmittags befaßte. Das Referat hatte Kollege Frey übernommen. Redner schilderte die Licht- und Schattenseiten dieser Frage in trefflicher Weise. Zweifellos war es Verlangen aller, vor allem der Arbeiterinnen, einen freien Samstagnachmittag zu bekommen, und so kamen die Versammelten mit Ausnahme eines männlichen Berufsangehörigen zu folgender Resolution:

„Die am 8. April gut besuchte öffentliche Versammlung der Buchbinderei- und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen erklart in der Einführung des freien Samstagnachmittags einen nicht zu unterschätzenden Vorteil, besonders für die Arbeiterinnen. Die Versammlung beauftragt deshalb die Krisverwaltung, in tunlichster Eile Schritte zu unternehmen, um die Arbeitgeber unseres Berufes zu veranlassen, den freien Samstagnachmittag einheitlich für alle Betriebe und für alle beschäftigten Personen einzuführen. Um aber der Frage den nötigen Nachdruck zu geben, verpflichten sich die Versammelten, durch Beitritt zum Buchbinderverband denselben zu stärken und ihre Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen ebenfalls zum Eintritt zu bewegen.“

Es ist nötig und wäre auch sehr erfreulich, wenn die Kollegen in einer solch industriereichen Stadt wie Göppingen, die über 300 Berufsangehörige zählt, sich aufraffen und sich nicht scheuten, an eine intensive Agitation heranzugehen.

Berlin. Etuisbranche. „Die private Volksversicherung und die Volksfürsorge“ war das Thema eines Vortrages, den Kollege Michaelis in unserer Versammlung am 10. April hielt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Kollegen Fischenst und Kiewald in der üblichen Weise. Dann führte der Referent uns in das Wesen und Wirken der jetzt noch das Ruder führenden sogenannten Volksversicherungsgesellschaften mit deren hohen Dividenden, Familien- und Einzelgehältern auf der einen Seite und den bekannten niedrigen Entlohnungen der Unterbeamten und deren Behinderung in allen Versuchen zur Aufwärtsbewegung ein. Daß in der bald in Aktion tretenden Gründung der freien Gewerkschaften und Konsumvereine, in der „Volksfürsorge“ alle Beteiligten finanziell und sozial besser gestellt sind, davon waren die Anwesenden nach den ausführlichen und prägnanten Ausführungen des Referenten überzeugt. Nebenbei verfall erntete derselbe am Schlusse seines Vortrages,

Dann berichtete Zeichner über die Tätigkeit der 11er Kommission, welche in verschiedenen Sitzungen die Formulierung von Anträgen zum Verbandstag vollzogen hatte. Er verlas und begründete diese im einzelnen. Kulifowski führte aus, daß wir doch wohl alle uns dahin einig sind, gegen die Einführung von Pflichtbeiträgen bei Bezug von Unterstützungen zu stimmen. Auch wenden wir uns energisch gegen die Heraufführung der Karenzzeit für den Wiederbezug von Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 30 Wochen. Wir erwarten vom Verbandstage, daß er auf jeden Fall dahingehende Anträge ablehnt. Es wird darauf hingewiesen, daß im „Mitteilungsblatt“ der Zahlstelle sämtliche Anträge, die die kombinierte Delegiertenversammlung der Generalversammlung vor schlägt, abgedruckt sind. Auch die Veranstaltungen des Jugendausschusses sind dort bekanntzugeben. Wegen einer Stimme wurde Kulifowski als Kandidat der Gewerkschafter zum Verbandstag aufgestellt.

Rundschau.

Christlicher Terror! Die Christlichen jammern fortgesetzt über freigewerkschaftliche Arbeitsmonopole und ähnliches. Wie sieht es aber mit folgendem: Die christliche „Weltdeutsche Arbeiterzeitung“ brachte unlängst einen Artikel, der die katholischen Arbeitervereinsmitglieder, die gleichzeitig Mitglieder des Deutschen Buchbinderverbandes sind, aufforderte, diesen zu weichen und in den Gutenbergbund überzutreten. Sie sagte u. a.:

„Die katholischen Arbeitervereine können es nicht dulden, daß Mitglieder ohne zwingende Notwendigkeit irgendeiner gewerkschaftlichen Berufsorganisation angehören, die der Generalkommission sozialistischer Gewerkschaften angegeschlossen ist. Wir können nicht, selbst auf die Gefahr hin, daß man uns den Vorwurf der „Unbuddhsamkeit“ macht. Der Vorwurf kann uns nicht treffen, denn wir verlangen nur Konsequenz, Uebereinstimmung von Ueberzeugung und Handlung. Wir dürfen nicht anders handeln. In Zeiten der Gärung und Wandlung ist jede Selbstheit von Uebel. Wir haben den Vereinsmitgliedern, die dem Verband angehören, lange genug Zeit zur Besinnung gelassen, wir kommen dem Zeitpunkt immer näher, wo es nunmehr heißen wird: So oder so!“

Das ist nichts weiter als nackter Terrorismus, ein zwangsgewisses Hineinpressen von Buchbinderen in den Gutenbergbund. Wir möchten nicht das Besondere erleben, wenn in solch unübersichtlicher Weise und öffentlich Arbeiter in die freien Gewerkschaften gedrängt würden. Aber den Zentrumschriften gilt eben der Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es doch nicht das gleiche!

In den katholischen Arbeitervereinen macht man nun die größten Anstrengungen, nach der obigen Aufforderung zu verfahren. Allerdings nicht mit dem gewünschten Erfolge. In Köln z. B. haben die katholischen Arbeitervereinsmitglieder in einer Versammlung der Buchbinder erklärt, im Verbandsbleiben zu wollen. Und an vielen anderen Orten schließen sich die Arbeitervereinsmitglieder dieser Ansicht an.

Nun die schwarzen Oerführer einsehen, daß ihr Getue für die Klasse ist, suchen sie nach auf einem anderen Wege zu ihrem Ziele zu gelangen. Und zwar werden die Besitzer von Zentrumszeitungen und -druckereien aufgefordert, dem Gutenbergbund energischer wie bisher Verbandsmitglieder zuzuschließen. Diesem Ansinnen sind einige der Unternehmer gefolgt. So stellte Dr. Scharnigel (Generalsekretär des Windhorfbundes und Inhaber der Firma Wax Scharnigel in Köln) an seine dem Verbandsangehörigen Gehilfen das strikte Verlangen, aus dem Verband aus- und in den Gutenbergbund einzutreten! Sie müßten dies unbedingt tun, da sie andernfalls der Ruin seines Geschäftes seien!! Und der Grund zu dieser Maßnahme? Der händlerische Sekretär für Rheinland-Westfalen, Felder, war bei genannter Firma vorstellig geworden und hatte mit Entziehung der Druckerei gedroht, falls die Gehilfen nicht dem Bunde beitreten!!

Aber auch dieser Akt des Terrorismus schlug fehl, weil das Tarifamt entschied — „daß auch die Drohung mit der Entlassung tarifwidrig sei und eine Verletzung des § 10 Ziffer 2 des Tarifs bedeuten würde“.

Haben nach diesen Vorkommnissen die Zentrumschriften überhaupt noch das Recht, sich über den Terrorismus anderer aufzuhalten? Diesen unverschämten Schreibern fehlte in der Tat, daß die freien Gewerkschaften gleiches mit gleichem vergelten, dann wollten wir sehen, wohin die christlichen Gewerkschaften geraten. Aber die freien Gewerkschaften haben Geduld und Zeit und sie werden mit den zentrumschriftlichen Zeitungen noch fertig werden, ohne eine Behandlung, die diese sich reichlich verdient hätten.

### Abrechnung

**vom Streif bei Kragen & Co. in Breslau**

(10. bis 22. Februar 1913).

Einnahme.

Von den laufenden Mitgliederbeiträgen verwendet	80,80	Mk.
Aus der Lotteriekasse	13,—	Mk.
<b>Ausgabe</b>	<b>93,80</b>	<b>Mk.</b>

Ausgabe.

Streifenunterstützung an:	
1 verheirateten Kollegen	82,—
1 ledigen Kollegen	14,—
Unterstützung für 2 Kinder	4,—
Für Fortschaffung Zugereister	7,—
Annoncen	20,—
Auslagen der Funktionäre	3,40
Für Fernhaltung des Zuges	13,—
	80,80

Victor Bruck, Kassierer.

Die Revisoren:

J. Hertel. H. Ake

### Abrechnungen

vom 1. Quartal gingen bis zum 14. April bei der Verbandskasse ein: Von Altenburg mit 200,— Mk.; Breslau 217,25 Mk.; Brieg 300,— Mk.; Dessau 200,— Mk.; Dresden 6003,50 Mk.; Ebersbach-Neugersdorf 125,51 Mk.; Eisenach 60,— Mk.; Eisenberg 1108,05 Mk.; Erlangen 300,— Mk.; Falkenstein 100,— Mk.; Frankfurt a. O. 100,— Mk.; Glogau 133,40 Mk.; Götting 355,17 Mk.; Halberstadt 119,36 Mk.; Jena 90,— Mk.; Kiel 300,56 Mk.; Königsberg 223,46 Mk.; Langensalza 100,— Mk.; Leipzig 15 248,80 Mk.; Lübeck 496,05 Mk.; Meissen 40,— Mk.;

Oberwiejenenthal 100,— Mk.; Oldenburg i. Gr. 48,32 Mk.; Potsdam-Romanes 100,— Mk.; Rostock 80,— Mk.; Rubla 276,48 Mk.; Schwerin 100,— Mk.; Sebnitz 100,— Mk.; Tilsit 180,— Mk.; Weimar 114,10 Mk.; Wittenberg 80,— Mk.; Würzburg 196,40 Mk.; Zeitz 109,85 Mk.; Zwickau 200,— Mk.; Gau 4,— Mk.

### Gau 2.

Wie bereits bekanntgegeben, findet am 26. und 27. April in Königsberg i. Pr. in Schlewinsky's Gesellschaftshaus, Solzstraße 10, unser

### 4. Gautag

statt. Die Verhandlungen beginnen Sonnabend, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, sie werden Sonntag, vormittags 10 Uhr, fortgesetzt.

### Tagesordnung:

1. Berichte des Gauvorstandes und der Zahlstellen.
2. Beschlussfassung über die Einführung eines Gautarifes. Referent: Bruno Schmidt, Danzig.
3. Agitation und Arbeitsnachweis. Referent: Saksela, Königsberg.
4. Anträge.
5. Einführung eines Gaubeitrages und Verschiedenes.

Näheres wird den Zahlstellen und Einzelmitgliedern durch Mundschreiben bekanntgegeben. Der Gauvorstand.

J. H. Oskar Kohnert, Königsberg, Krugstr. 9d.

### Briefkasten.

M. B. in G. Inerat kostet 13,20 Mk. — K. P. in A. Die Anträge werden in Nr. 19 vom 4. Mai veröffentlicht. — Dr. W. in Dr. Aber warum denn diese Adresse? — W. M. in G. Die Rechnungen

vierteljährlich zu senden, ist gegenwärtig nicht durchzuführen, da es an der notwendigen Zeit hierfür fehlt. Uns scheint das auch nicht notwendig zu sein. Unsere Verwaltungen sollten sich im Gegenteil befreieren, bei Aufgabe der Inerate den Betrag gleich mit beizufügen. Das würde uns und ihnen unnötige Arbeit ersparen. Die Berechnung der Ineratenpreise ist ja so einfach: Für Versammlungsanzeigen, Nachrufe und für sonstige Zahlstellen- und Gauangelegenheiten kostet die viergespaltene Zeile (3 Millimeter hoch) 20 Pf.; für Glückwünsche und die jungen Lebewohlinsereate 40 Pf. Für die Satzgröße wird stets der eingefandte Betrag als Maßstab genommen. Die Privatinerate von einzelnen Mitgliedern werden stets mit 40 Pf. pro 3 Millimeter berechnet, für alle Stellenangebote ebenfalls 40 Pf., und alle übrigen Inerate kosten 60 Pf. Wer hiernach verfährt, schützt sich zugleich vor der öffentlichen Meinung, die — wie es ja zugegebenermaßen in Ihrem Falle geschehen ist — auch leicht einmal einen Unrechten treffen kann. Daß die öftere Zusendung der Rechnungen auch nichts schadet, mögen Sie daraus ersehen, daß einzelne Zahlstellen noch an sich recht geringfügige Beträge aus den Jahren 1908 und 1909 schuldeten, trotzdem ihnen sechs- bis achtmal die Rechnungen zugestellt wurden. Solche Zustände kann man nur durch die öffentliche Mahnung vermeiden.

### Adressenänderungen.

**Deutsche Volksmächte.**

Rostock: S. Witt, Waldemarstr. 21/111.

**Unterstützungs-Anzahlser.**

Dessau: S. Schubert, Köpfergasse 54, part., von 1/2—1 Uhr und von 7—8 Uhr.

Titau: H. Berndt, Köpferberg 8 („Volkszeitung“), vormittags von 9—10 und 1—4 Uhr.

# ANZEIGEN

### Zahlstelle Eisenberg.

Am 12. April starb nach langem Leiden unser treuer Kollege, der Entschlafene

### Paul Jahn

in Friedrichs-Lannd, im Alter von 28 Jahren.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Am 12. d. M. starb nach langem Krankenlager unter lieber Kollege

### Ernst Lehmann

aus Jahr i. W. im 42. Lebensjahr. Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen, der stets für unsere Interessen eintrat.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Das Personal der Großbuchbinderei Lüderitz & Bauer, Berlin.

Unserer lieben Kollegin **Frieda Dose** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. **Zahlstelle Karlsruhe.**

Kollege **Fritz Schmidt**, zuletzt in **Juba**, wird gebeten, seine Adresse a. **Fritz Altmann, Reulöfen, Weichselstr. 3**, zu senden.

### Tüchtige Glasarbeiter gesucht.

welche auf seine Samt- und Lederarbeiten gut eingerichtet sind. Dauernde Stellung. Offerten unter Nr. S. N. 6435 an **Russell Woffe, Hamburg.**

### Cartonnage.

Wer sofort werden geliebte Arbeiter für Herren (Zylinderhut-) und Pelzartons gesucht. Offerten von nur in diesen Artikeln bewanderten 1. Kräfte mit Gehaltsansprüchen sofort erbeten. **Westdeutsche Cartonnagenfabrik, Cöln-Melaten.**

## Berlin, Cuguspapierbranche.

Sonntag, den 27. April, mittags 12 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1

## Matinee zum Beiten arbeitsloser ausgesteuerter Kollegen und Kolleginnen

Mitwirkende:

### Neues Tonkünstler-Orchester (Hollfelder) und das Berliner Humor-Quartett.

Kolleginnen und Kollegen! Da der Ueberfluß zu gutem Zweck verwendet werden soll, appelliert die Branchenleitung an ihre Branchenangehörigen und ersucht um einen regen Willkett-Verkauf.

Willkett à 30 Pf. sind im Bureau und bei allen Werkstättenvertrauenspersonen zu haben. **Die Branchenleitung.**

## Achtung! Hamburg! Buchbinder-Männerchor „Waldräuf“.

Sonntag, den 4. Mai

## Ausflug nach der Fischbecker Heide.

Treffpunkt vorn. 8 Uhr St. Pauli-Landungsbrücken Nr. 5. **Sämtliche Kolleginnen und Kollegen sind freundlichst eingeladen. Der Vorstand.**

NB. Unseren passiven Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich unsere Generalversammlung mit der Beitrittsfrage zum Arbeiter-Jugendbund befassen wird. Unser **Sommerfest** findet am 3. August im „**Vindenspark**“, **Lothstedt**, statt. Sangeslustige Kollegen sind eingeladen, durch aktiven oder passiven Beitritt unsere Bestrebungen zu unterstützen. **Uebungsstunde:** Freitags 9 Uhr bei Hartung, Wödemannstr. 17. Anfragen und Zuschriften sind zu richten an den 1. Vorsitzenden **Wag Deuchler, Hamburg 19, Pinneberger Weg 25, III.**

## Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer. 1. Band

Preis für Mitglieder 2,30 Mk., für Nichtmitglieder 3,30 Mk.

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an **E. Hausen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.** zu richten.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe zu Berlin.

### Ordentl. General-Versammlung

am Dienstag, den 29. April 1913, abends 8 Uhr, im Saal 1 des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Protokollüberlegung.
2. Abnahme der Jahresrechnung für 1912.
3. Beschlussfassung über Abänderungen in den Bestimmungen der Tarifgemeinschaft mit den Angestellten.
4. Beschlussfassung über die neuen Statuten nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.
5. Verschiedenes.

**A. Gottschmann** 1. Vize  
**F. Kees** Schriftführer  
Vorstand.

Der Jahresbericht für 1912 ist erschienen. Derselbe kann im Bureau der Kasse in Empfang genommen werden.



**O. TH. WINCKLER**  
**Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder**  
O. Th. Winckler, Leipzig

**Inerate** finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.